

Zeitschrift: Das Werk : Architektur und Kunst = L'oeuvre : architecture et art
Band: 61 (1974)
Heft: 3: Zum 60jährigen Bestehen des SWB = 60e anniversaire du SWB

Artikel: Sozialdemokratie und Stadt in der Weimarer Republik (1923-1933)
Autor: Tafuri, Manfredo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-87706>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sozialdemokratie und Stadt in der Weimarer Republik (1923–1933)

VON MANFREDO TAFURI

Wenn wir hier die Geschichte der von Sozialdemokratie und Gewerkschaften zur Zeit der Weimarer Republik vorangetriebenen städtebaulichen Verwirklichungen durchgehen, hat das seinen spezifischen Grund: Es hat sich im Laufe dieser Geschichte das herausgeschält, was ganz allgemein zum Kernstück der Forderungen der organisierten Arbeiterschaft gemacht wurde. Die grossen Themen des Kampfes um Grundrendite, um die genossenschaftliche Verwaltung subventionierter Bauten, um die technologische Erneuerung des Wohnungsbaus selbst erscheinen tatsächlich in Deutschland zwischen 1923 und 1933. Sie sind so unmittelbar mit der sozialdemokratischen Verwaltung der Städte verbunden, dass sie in augenfälliger Weise ge-

schichtlich fundierte und in allem überprüfbare Anhaltspunkte zu einer Kritik liefern.

Nicht zufällig sind heute das «Deutschland der Räte» einerseits und das Deutschland der avantgardistischen städtebaulichen Experimente andererseits Gegenstand erneuter Untersuchungen. Es ist auch kein Zufall, dass dort, wo die Verbindungen zwischen Intervention auf politischer Ebene und disziplinarischer Forschung in Architektur und Stadtplanung kritisch beleuchtet werden – siehe die Abhandlungen von Collotti, Barbara Miller Lane oder Aymonino¹ –, es nicht darum geht, das Grundsätzliche dieser Verbindung herabzumindern oder in Frage zu stellen.

Bei der Analyse der deutschen Sozialdemokratie kann man zudem heute schwerlich die scharfsinnige Auslegung von Mario Tronti in seinem «Poscritto» zur Neuaufnahme von «Operai e capitale»² ausser acht lassen. «Es war richtig von Lukács», schreibt er, «das Grundlegende der ‚sozialdemokratischen Taktik‘ herauszuschälen, wonach das Proletariat mit dem Bürgertum Kompromisse schliessen muss, weil die wahre Revolution noch in der Ferne liegt und die echten Bedingungen dafür noch nicht gegeben sind: ‚Je reifer die subjektiven und objektiven Voraussetzungen für die soziale Revolution sind, desto unverfälschter kann das Proletariat seine Klassenziele verwirklichen. Augenblickliche Kompromissbereitschaft bedeutet darum gleichzeitig grossen Radikalismus, den Willen, die uneingeschränkte Übereinstimmung der Grundsätze mit dem Endziel zu wahren. Das ist echte Sozialdemokratie im klassischen und im geschichtlichen Sinn (...). Es ist eine Tatsache, dass von Anfang an eine direkte Beziehung zwischen Arbeiterkampf und sozialdemokratischer Partei bestanden hat, dieses Band war so eng, dass selbst eine Vermittlung auf gewerkschaftlicher Ebene unmöglich war; die Tradition der deutschen Arbeiterbewegung schliesst den Trade-Unionismus aus.»³

Doch um die Vorgänge, die der «Novemberrevolution» folgen, und die sich daraus ergebende Absage an «eine Lösung durch ein Sich-Organisieren, gestützt auf eine auf rein subversive Prinzipien ausgerichtete Ideologie», zu verstehen, muss man die Kehrseite der Medaille in Betracht ziehen. Das heisst, man muss «die Mittelmässigkeit des intellektuellen Niveaus, die wissenschaftliche Unzulänglichkeit, die theoretische Misere» hervorheben, «die unweigerlich zu einem Missverständnis führen mussten, nämlich zu dieser scholastischen Auslegung der marxistischen Wahrheit, die zu bekämpfen wir seit Lenin immer noch unsere Zeit verschwenden müssen».⁴ Weder die Sozialdemokratie vor dem «klassischen» Augenblick – die SPD nach 1900, um genau zu sein, die sich nun völlig dem Trade-Unionismus verschreibt – noch das Lautwerden der spartakistischen Opposition, die sich aus der KPD und der USPD rekrutiert, verstehen es, sich mit geeigneten Mitteln der sich erneuernden und wachsenden kapitalistischen Volkswirtschaft entgegenzusetzen. Auf der einen Seite die neue und vorurteillose kapitalistische Wissenschaft, die Wertfreiheit eines Weber, die antizyklischen Techniken eines Keynes. Auf der andern Seite ein ständiges Sich-Berufen auf optimi-

stische Visionen der Geschichte, mit dem Ziel eines graduellen Aufstiegs zu einem «Arbeiterhorizont», oder populistische Ideologien, die von den avantgardistischen Intellektuellen sofort mit Begeisterung übernommen werden.⁵ Auf dieser Basis kommt denn auch zur Zeit der Weimarer Republik die Allianz zwischen avantgardistischen Architekten und Sozialdemokratie zustande.

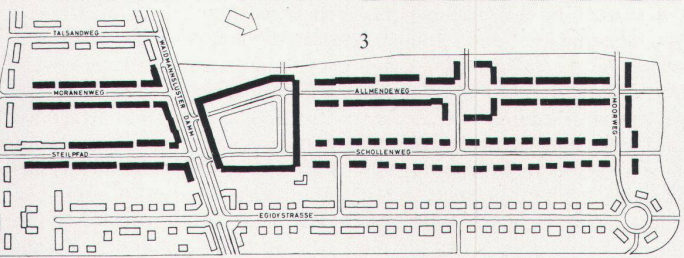
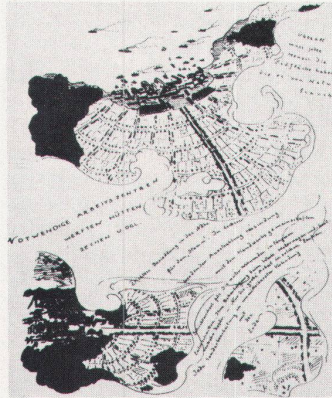
Das paradoxeste Phänomen in diesem Sinne ist, dass die Planungspolitik der sozialdemokratischen Gemeinden ab 1924 einen radikalen Bruch mit der im Laufe des 19. Jahrhunderts gewachsenen theoretischen Tradition darstellt, indem sie sich mit den Themen, die sich aus den neuen Funktionen der Grossstadtökonomie ergeben, in Konflikt gerät. Die Milliarden, die nach 1924 aufgrund des Dawes-Planes nach Deutschland flossen, verstärken in der Tat ein technologisch vorangetriebenes industrielles System, verbunden mit einer hohen organischen Zusammensetzung des Kapitals. Doch muss auch gesagt werden, dass sie gleichzeitig eine beträchtliche Erstarke der industriellen Kartelle, eine künstliche Aufblähung der Preise auf dem Inlandmarkt und eine Verkrampfung des Exportmarktes bewirken: Man denke an die grossen deutschen Lieferungen

an Sowjetrussland und an die internationalen Abkommen der grossen Stahlkonzerne, der Elektronik-, der Chemie- und der Autoindustrie usw.⁶ Einerseits also eine perfekte Zollpolitik, die darauf ausgerichtet ist, die Inlandpreise auf einem Höchststand zu stabilisieren; andererseits eine als Gegengewicht zum Druck auf den Arbeitsmarkt und in der Absicht, dem sich immer gefährlicher abzeichnenden Klassenkampf vorzubeugen, vorangetriebene Politik der öffentlichen und sozialen Ausgaben.

Zwischen 1924 und 1933 ist die deutsche sozialdemokratische Gemeindeverwaltung integrierender Teil dieser zweifachen Unterhöhung der Arbeiterbewegungen. Wer das nicht wahrhaben will, sieht die Struktur der urbanistischen Tätigkeit nicht, wie sie wirklich war. Sie wird von der Kritik im allgemeinen als Modell eines «heroischen» Zeitpunktes der Architektur und der Stadt der Modernen Bewegung hingestellt, auch wenn sie in der disziplinarischen Instrumentierung unzulänglich war. Das Scheitern der sozialdemokratischen Taktik, für das die Arbeiterklasse nach dem Kapp-Putsch büssen musste, und die Liquidation der Regierungen der Räte von Sachsen und Thüringen im Laufe der ersten Monate der Stabilisierung werden mit einer Beteiligung derselben Ar-

beiterorganisationen an der Verwaltung der Sozialausgaben kompensiert. Es muss jedoch unterstrichen werden, dass eine eindeutige Verbindung zwischen dem kapitalistischen Bestreben, die eigene Linie zu verschieben und so eine gewinnmässige Ausbeutung der im Laufe der Inflation gewonnenen Vorteile und eine schärfere Zoll- und Kartellpolitik zu verwirklichen, und der Sozialpolitik der lokalen Behörden besteht. Der vom Reichsbankpräsidenten Schacht unternommene Kampf gegen die steigenden öffentlichen Ausgaben ist bestimmt von rechts beeinflusst und soll die sozialistischen Gemeindeverwaltungen anprangern. Es steht aber fest, dass diese Verwaltungen ihre Sozialinvestitionen mit einer aus einem romantischen Antikapitalismus entsprungenen Ideologie rechtfertigten und glaubten, sie könnten die Gesetze des Kapitalzuwachses – von denen sie selber betroffen waren – ignorieren. Arthur Rosenberg hat geschrieben: «Nach 1924 glaubten die deutschen Behörden, Geld sei

den Wohnungsbau, der dadurch besonders begünstigt wird. Es geht nun darum, die «Wohnungsfrage» des 19. Jahrhunderts «zu lösen», dem kapitalistischen System eine Bereicherungsquelle zu entziehen, die die Boden- und Gebäuderendite belastet: im Endeffekt zu zeigen, dass eine von der Arbeiterseite verwaltete Stadt imstande ist, ihre bis anhin von einem primitiven Gewinnstreben bedingte urbane Struktur völlig zu verändern. Das Instrument, eine solche «gerechte



überhaupt nicht wichtig und es sei auch jederzeit zu haben.»⁷ Es mag auch interessant sein, daran zu erinnern, dass Stresemann 1927 dem Bürgermeister Jarres von Duisburg gegenüber äusserte, er sei besorgt über die in keinem Verhältnis stehenden Sozialausgaben der Städte Berlin, Köln und Frankfurt und die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die Aussenpolitik.⁸

Die Rolle der Gewerkschaften

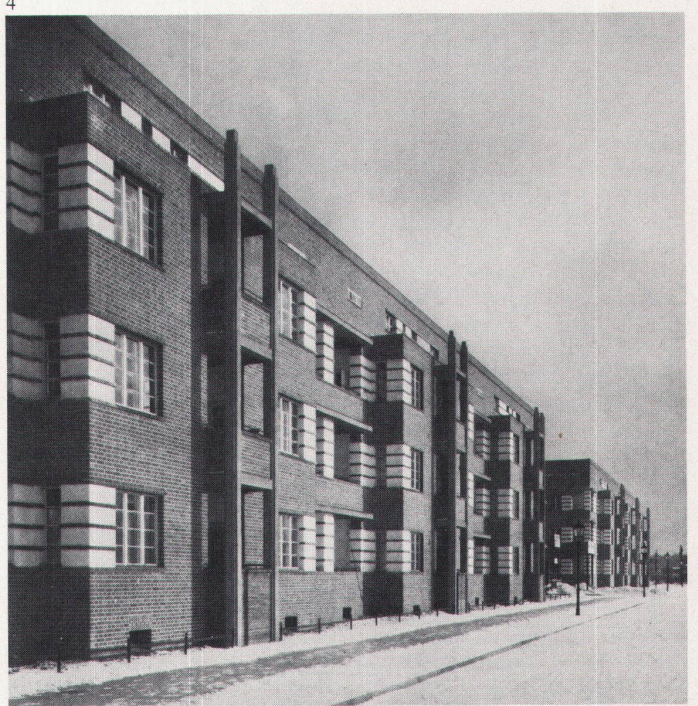
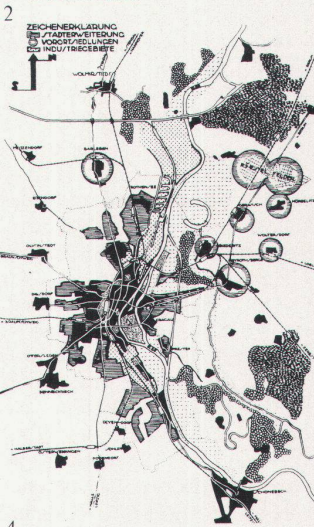
Vor diesem Hintergrund wollen wir nun versuchen, das Werk der Träger der sozialdemokratischen Politik auf dem Gebiete der Städteplanung zu werten. Das Hauptanliegen dieser Politik scheint zu sein, der «kriminellen Produktionsanarchie» in den von den Gewerkschaften kontrollierten Sektoren einen von der Arbeiterklasse direkt verwalteten wirtschaftlichen Produktions- und Verteilungsplan entgegenzustellen.

Partei und Gewerkschaften konzentrieren ihre Anstrengungen auf

Verteilung» herbeizuführen, ist sofort gefunden: Der Genossenschaft, dieser so unheimlich mystifizierten Synthese zwischen Kapital und Arbeit, wird es übertragen, die «Arbeiterstadt» zu verwirklichen. In vorderster Front stehen dabei die 1919 von Martin Wagner und dem Hand in Hand mit der



- 1 Bruno Taut, Zeichnung aus «Die Auflösung der Städte», 1920
- 2 Bruno Taut, Richtplan von Magdeburg 1923, zweites Schema. Schwarz: vorhandene Bebauungen; waagrechte Schraffur: neue Wohngebiete; Kreis: geplanter Trabant; punktierte Fläche: Industriegebiet
- 3 Bruno Taut, Siedlung «Freie Scholle», Berlin-Tegel, 1924–31 (Aufnahmen 1966); von oben nach unten: Doppelhaus des ersten Bauabschnittes, Lageplan, Reihenhäuser am Steilpfad
- 4 Bruno Taut, Siedlung Schillerpark, Berlin, 1924–25. Ansicht von der Dublinstrasse



sie zurück, um die Bodenspekulation zu bremsen und die Mietzinsentwicklung zu beruhigen. Im Moment, als der Dawes-Plan einen neuen Kapitalzufluss bewirkt, gliedert der ADGB den ursprünglichen Produktionsgenossenschaften die DEWOG an, eine nach rein kapitalistischem Muster von den Arbeiter- und Angestellengewerkschaften, der Gewerkschaftsbank und den Wohnbaugenossenschaften selbst aufgezugene Aktiengesellschaft.

Zu Recht bemerkt Collotti, dass «im Programm des ADGB für 1928 die ‚Wirtschaftsdemokratie‘ umschrieben ist, die zur Ideologie der SPD und der Weimarer Republik selbst werden sollte».⁹ «Es war die Absicht der DEWOG, durch ihre in Frankfurt, Altona, Berlin, Augsburg, Leipzig, München, Königsberg, Rostock und Schwerin ansässigen 11 Tochtergesellschaften auf dem Gebiet des Wohnungsbaus die Grundlagen zu einer Gemeinwirtschaft zu legen. (...) Einerseits ersetzt sie als gemeinwirtschaftliche Organisation in der Verwaltung des Bauwesens und des Wohnungsbaus die Bauspekulanten und die kapitalistischen Besitzer von Privathäusern;

Sozialdemokratie arbeitenden Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) gegründeten Wohnbaugenossenschaften. Die von Karl Korsch und der Rätebewegung formulierten Forderungen werden zu stadtplanerischen Interventionsmethoden umfunktioniert. Auf dem Bausektor greift man auf

andererseits verdrängen die in der Vereinigung sozial orientierter Unternehmungen zusammengeschlossenen Gesellschaften für den sozialen Wohnungsbau die Unternehmer, die bis jetzt im Bauwesen die Produktionsmittel in den Händen hatten und den Produktionsapparat beherrschten.»¹⁰

Wenn wir von der Politik des ADGB, der DEWOG und der GEMAG – einer Gesellschaft mit gewerkschaftlicher Beteiligung, die Martin Wagner in Berlin benutzte, um die berühmten «rationalistischen» Siedlungen zu verwirklichen – sprechen, müssen wir uns darum weniger der «Wirtschaftsdemokratie» widmen als der Wiederaufnahme des im Zuge der «Novemberrevolution» von Korsch und der Betriebsrätebewegung ausgearbeiteten Sozialisierungsplans. Im Prinzip also eine auf einem «demokratischen Kapitalismus» fundierte Utopie:

Korsch plus Bernstein. Die Grundsätze der vom Linkskommunismus angestrebten «industriellen Demokratie» hat Korsch übrigens 1919 in «Der Sozialist» klar dargelegt. Er schrieb: «Die unweigerlichen Folgen jeder grossen mechanisierten Industrie sind Subordination und Freiheitsentzug. Im Gegensatz zum ‚antiautoritären Sozialismus‘ der ‚anarchistischen Gewerkschafter‘ haben die Befürworter eines modernen Sozialismus auch in diesem Punkt ihren Standpunkt klar formuliert. Jede grosse mechanisierte Industrie bedingt in der Tat organisierte Arbeit, und organisierte Arbeit bedeutet, dass alle am Produktionsprozess Beteiligten sich ständig dem einseitigen Willen der Direktion unterordnen müssen. (...) Selbst in der in der sozialistischen Epoche vollumfänglich verwirklichten ‚industriellen Demokratie‘ muss an einem Grundsatz festgehalten werden, ja er muss noch strikter angewandt werden, nämlich: Während der Arbeit muss sich die Masse der Arbeitnehmer dem passiv unterordnen, der den Arbeitsprozess leitet. (...) Doch wer diese Funktion ausüben soll und für wie lange, das entscheidet die Arbeiterdemokratie, die höchste Instanz einer sozialistischen Gesellschaft (...), so hat man Gewähr, dass trotz der unumgänglichen Befreiung der am Produktionsprozess Beteiligten die wirtschaftlichen Gesetze der modernsten und rentabelsten Produktionsweise unangetastet bleiben.»¹¹

Also sowjetische Ideologie und Plan. Die deutsche Sozialdemokratie merzt den spezifisch politischen Gehalt dieser Ideologie aus und erbt auf wirtschaftlichem Gebiet deren ganze Zwiespältigkeit; die avantgardistischen Architekten übernehmen sie und legen sie ihren Interventionsmodellen zugrunde. In Deutschland wie in der UdSSR steht ab 1922 die Ideologie der Arbeit im Mittelpunkt der Diskussio-

nen über Architektur und Städtebau. Die Schwierigkeiten, die Korsch und die Betriebsrätebewegung hatten, um wenigstens in der Theorie die Anforderungen einer selbstverwalteten kapitalistischen Produktion mit einem ebenfalls selbstverwalteten Verteilungs- und Verbrauchernetz in Einklang zu bringen, wobei Mehrwert, Gewinn, Kapitalbildung und -entwicklung wegzuzaubern waren, sind jetzt mitschuldig am negativen Abschneiden jenes «Sozialismus als sozialer Wiederanerkennung des Wertes der Arbeit», den Cacciari in seinem geschichtlichen Abriss trefflich durchleuchtet hat.¹² Dadurch, dass diese zwiespältige Theorie zur Grundlage der Praxis in den einzelnen Sektoren genommen wird, tritt das Wesentliche der sozialdemokratischen Taktik zutage. Auch darf in diesem Zusammenhang die Verantwortung der KPD nicht verschwiegen werden, die bis 1925 80 Gemeinden und 60 Lokalkartelle des ADGB kontrolliert.¹³ Es ist in der Tat die sozialdemokratische Organisation, die auch auf dem Gebiete des Wohnungs- und des Städtebaus die «positive» Seite der Betriebsräte-Ideologie verwirklicht. «Es handelt sich weder um eine ‚Herabminderung‘ noch um einen ‚Verrat‘» – hat Cacciari kürzlich geschrieben.¹⁴ Entzieht man dem Streben nach einer selbständigen, «bewussten» Arbeit jegliche politische Bedeutung und stuft den Begriff Arbeit innerhalb der realen Formen der Entwicklung richtig ein, ist er aus dem gesamten Produktionsgefüge nicht herauslösbar. Ihn verherrlichen heisst, soweit das in rational programmatischer Weise ausdrückbar ist, das Gefüge verherrlichen. Die «positive» Seite der Betriebsräte-Ideologie verwirklichen heisst darum die Arbeit in die Ganzheit des kapitalistischen Produktionsgefüges zurückführen, die Arbeit in dem Masse, in dem sie effektiv produktive Arbeit ist, als Teil des Kapitals sehen. (...)

Doch nach 1923 kann das Kapital seine Restrukturierungsprogramme selbst verwalten. Der Sozialdemokratie bleibt nichts anderes übrig, als sich auf die bescheideneren Möglichkeiten in den von ihr verwalteten Gemeindewesen zu beschränken: sie muss zurückgreifen auf den Sozialismus als ausgefogene Gemeinschaft von Menschen, die Stadt wird als Ort verstanden, wo die qualitative Überlegenheit des «sozialistischen Humanismus» demonstriert werden kann.

Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit wird so auf ein Neben-geleise verlegt. Der Wettstreit spielt sich nun zwischen zwei produktiven Organisationen ab: zwischen dem «Gewerkschaftsvermögen» – vor allem Immobilien – unter der Verwaltung von ADGB und SPD und den grossen Privatkartellen. Es musste sich sehr bald zeigen, dass man so nicht weiterkam. Dualismus der wirtschaftlichen Kräfte bewirkt in der Tat sofort eine grundlegende Störung des Gleichgewichts. Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus und der Organisation der gewerkschaftlichen Strukturen¹⁵ ist die Arbeiterbewegung imstande, den Wohnungsbausektor selbständig zu verwalten, ja sie genießt sogar eine Monopolstellung. Diesem Monopol stellt sich aber die direkte kapitalistische Nutzung des Territoriums entgegen: die gewerkschaftlichen Organisationen haben keinen Einfluss auf die Verlegung der Produktionsstätten, die regionale und nationale Transportpolitik und die Relation zwischen Wohnquartieren und Industrie selbst, die im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft immer wichtiger werden. Während die urbanistische Ideologie der radikalen Architekten eine Theorie des Gleichgewichts predigt – die Stadt als Sitz eines neuen sozialen Gleichgewichts; lies: die Stadt als Sitz des sozialen Friedens –, stört die kapitalistische Praxis das Gleichgewicht auf der von ihr bedingten Territoriumstruktur ständig und zwingt die urbanistische Thematik selbst zu erheblichen Sprüngen. Schon der Plan für das Ruhrgebiet aus dem Jahre 1920, der sich auf eine Fläche von 3500 km² bezieht, verrät die neue Dimension der kapitalistischen Initiative. Während die Sozialdemokratie und die radikale Architektur mit dem Versuch, vor allem in Frankfurt eine rationale Arbeitsstadt zu verwirklichen, sich der «Lösung» von Problemen des 19. Jahrhunderts widmen, erlebt man eine in eine völlig neue Richtung gehende Entwicklung der tertiären Städte und des produktiven Bodens. Dieser Entwicklung wendet das Grosskapital seine ganze Aufmerksamkeit zu.

Die negativen Folgen eines solchen Dualismus in Produktion und Städtebau werden denn auch bald der Arbeiterklasse zur Last gelegt, da sie an der Wirtschaftspolitik beteiligt ist, die – in den Augen der immer antirepublikanischer denkenden öffentlichen Meinung – für

die nach 1930 um sich greifende Krise verantwortlich ist. Es gelingt den Genossenschaften und Gewerkschaften zum grossen Teil – in den Zentren mit sozialistischer Mehrheit –, durch ihre Arbeit einen beruhigenden Einfluss auf Bodenrendite und Mietzinsentwicklung auszuüben. Wenn wir vom Fall Magdeburg absehen, wo Bruno Taut versuchte, die Ideen der Expressionisten und der Dada-Bewegung¹⁶ städtebaulich umzusetzen, entstehen ab 1924 die «vorbildlichen» Sozialbauten der radikalen Architekten der Weimarer Republik. Der intellektuellen Arbeit wird nun eine neue Bedeutung zuerkannt.

Die Politisierung der Architektur

Anstelle der libertären Utopien eines Taut tritt nun die technisch-verwalterische Arbeit von Architekten wie Otto Haesler in Celle¹⁷, Ernst May in Frankfurt, Martin Wagner in Berlin, Fritz Schumacher in Hamburg, die sich direkt mit der Verwaltung des Bauprozesses befassen. Sie nehmen sowohl auf politischer wie innerhalb der Gremien, die sich mit Städtebau befassen, auch auf verwaltungstechnischer Ebene Einfluss: einen Einfluss, der über das Produktionssystem zur Architektur führt. Das Beispiel May ist in diesem Zusammenhang aufschlussreich. Der Bürgermeister von Frankfurt, Landmann, der ihn beruft und für ihn das Amt eines Dezernenten für Bauwesen schafft, hatte in der 1919 erschienenen Studie «Das Siedlungsamt der Grosstadt» seine eigenen städtebaulichen Vorstellungen niedergelegt. May kann also im Einvernehmen mit den politischen Instanzen nach einem strategisch durchdachten System Enteignungen vornehmen und Landkäufe tätigen – es ist kein Zufall, dass er seine beiden Modell-Siedlungen, Praunheim und Römerstadt, in die landschaftlich privilegierte Gegend über dem Niddatal stellt –, er übernimmt aber auch die Überwachung ihrer Realisierung. Er ist nämlich Präsident der beiden wichtigsten mit der Erstellung der Siedlungen beauftragten Bauunternehmungen, an denen die Stadt zu 90% beteiligt ist. In Celle entstehen mit dem Italienischen Garten oder dem Georgsgarten von Otto Haesler zwischen 1923 und 1924 die ersten dank einer koordinierten Intervention auf architektonischer Ebene verwirklichten Modelle, mit May

aber erreicht die «Politisierung» der Architektur ihren Höhepunkt. Die Zeitschrift «Das neue Frankfurt» legt davon Zeugnis ab.

Die Architekten sind also nicht mehr nur Ideologen, sondern Techniker, die sich mit der ganzen Organisation des Bauens befassen, wobei das rein Formale seinen überlieferten Stellenwert als etwas unabhängig Veränderbares einbüsst. Man kann diesen Architekten auch nicht vorwerfen, sie hätten ihre neue Funktion übermässig mystifiziert. Die Ideologie der Produktion nimmt in Deutschland sozusagen nie jene messianischen Züge an, die ihr zwischen 1917 und 1925 in Sowjetrußland zgedacht werden: In der Weimarer Republik bejaht man, nebst einem May oder Martin Wagner, bewusst die Ein-

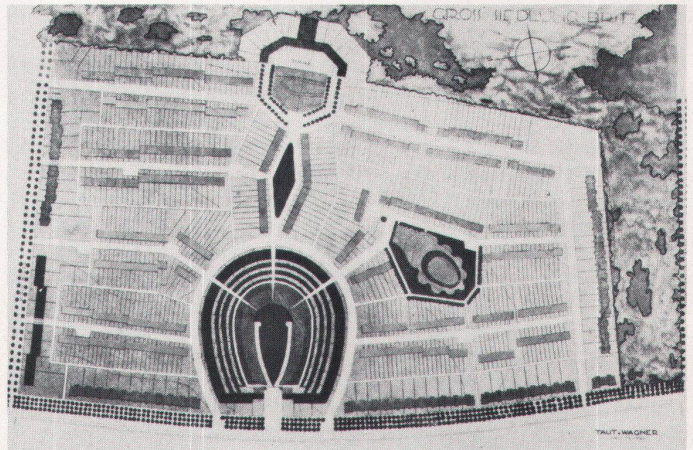
gliederung der intellektuellen Arbeit in den Bereich der produktiven Arbeit. Verglichen mit den Utopien eines Corbusiers sind die Berichte, die die deutschen Architekten an den Kongressen des CIAM in den Jahren 1929 und 1930 vor-



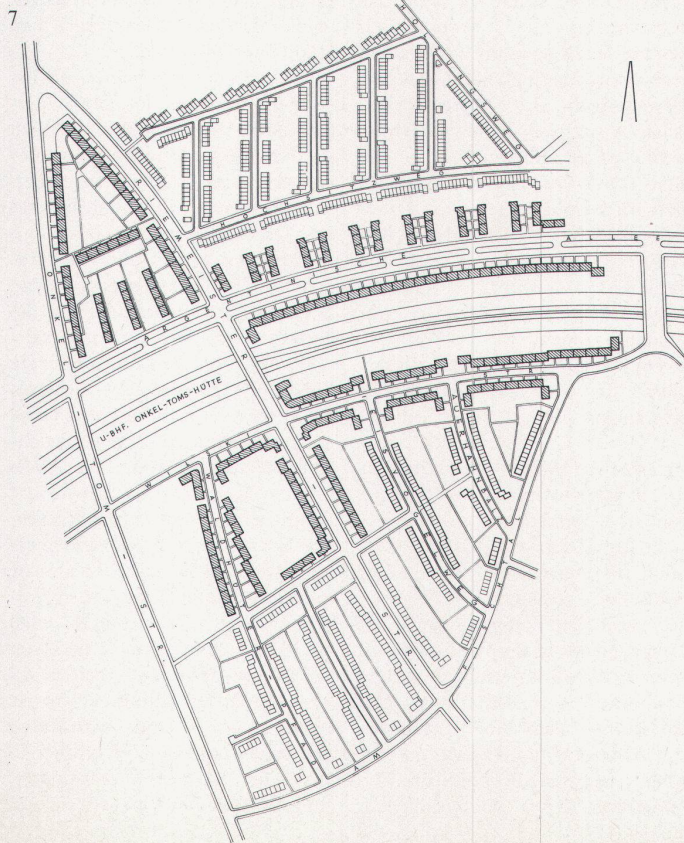
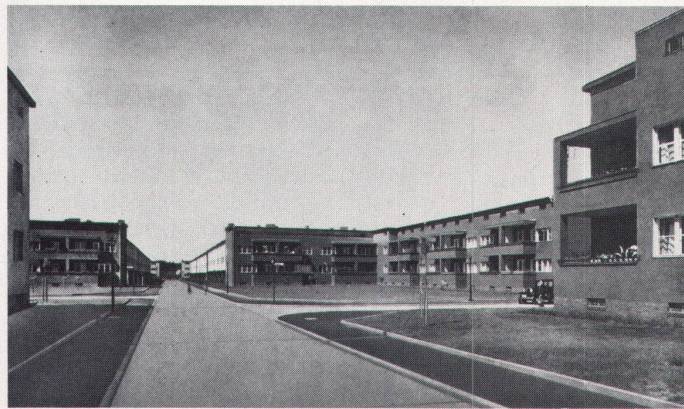
5

legten, rein technische Abhandlungen.¹⁸ In Wirklichkeit verfolgen auch die Beamten-Architekten der sozialdemokratischen Verwaltungen eine in einer – wie könnte es anders sein? – rein ideologischen Gedankenwelt angesiedelte Utopie. Ihren Studien über die Standardisierung der Wohnzellen und über die optimalen Bezüge zwischen Wohnung und Infrastruktur, ihren Versuchen, das Bauen zu industrialisieren – man denke an die berühmte Frankfurter Küche von May oder an Haeslers Siedlung Rothenberg in Kassel¹⁹ –, den Anstrengungen im Hinblick auf eine

8



9



7

systematische Umwandlung der Bauindustrie und deren Eingliederung in den gesamten Wirtschaftsablauf, diesem Bemühen um eine technische und wirtschaftliche Rationalisierung stellt sich die institutionelle Unzulänglichkeit des Sektors selbst hemmend entgegen. Daraus entsteht eine Debatte, die ständig zwischen wissenschaftlicher Forschungsarbeit und Polemik schwankt. Neben der DEWOG und der GEHAG gibt es in der Weimarer Republik die von Genossenschaftsbewegung und Deutschem Werkbund unabhängige Reichsforschungsgesellschaft,



- 5 Bruno Taut, Wohnblock an der Paul-Heyse-Strasse, Berlin
- 6 Bruno Taut, Siedlung «Freie Scholle», Allmendweg mit Platz, 1930
- 7 Waldsiedlung in Berlin-Zehlendorf (Onkel-Toms-Hütte), 1926–31. Lageplan
- 8 Bruno Taut und Martin Wagner, Grosssiedlung in Berlin-Britz, 1925–31. Ursprünglicher Bebauungsplan des ersten Bauabschnittes
- 9 Bruno Taut, Wohnanlage in Berlin-Prenzlauer Berg, Erich-Weinert-Strasse

deren Aufgabe es ist, die Experimente im Bauwesen auf nationaler Ebene zu koordinieren.²⁰ Vor ihren Reihen behauptet Paul Frank, «ein modernes Architekturbüro müsse gezwungenermassen zu einem Grossunternehmen werden»; doch gelingt es der Reichsforschungsgesellschaft, in der sowohl Gropius wie auch Hilberseimer tätig sind, nicht, das nötige Gewicht zu erlangen, eine strukturelle Erneuerung des Bauwesens herbeizuführen.

Ludwig Hilberseimer schlägt 1929 vor, die Tätigkeit der Reichsforschungsgesellschaft auf die Koordination der experimentellen Forschung auf technologischem Gebiet und die Koordination des standardisierten Wohnungsbaus zu beschränken. Er schreibt²¹: «Nicht Komplexe in der Grösse, wie sie für Haselhorst-Spandau vorgesehen sind, sondern Siedlungen wie der Weissenhof in Stuttgart.» Aufgabentrennung also zwischen experimenteller Planung und Massenproduktion mit gegenseitigen und nachprüfbareren Wechselwirkungen. Die Reichsforschungsgesellschaft finanziert tatsächlich einige Wohnkomplexe, z.B. den von Törten Dessau, den Gropius vorher einige Male und Hannes Meyer nachher ausführte. Doch mit ihrer beschränkten und nicht klar definierten Tätigkeit kann sie die durch die Notwendigkeit einer Neukonzipierung des Bauwesens als Teil des gesamten Wirtschaftsprozesses entstehenden dringenden Probleme nicht lösen, das bedingte eine geplante staatliche Organisation der Branche.

Genau das fordert Walter Dexel 1928 in einem in der «Frankfurter Zeitung» erschienenen Artikel zu der durch den Rücktritt von Gropius als Leiter entstandenen Krise am Bauhaus: die Nationalisierung aller mit dem Bauwesen in Beziehung stehenden Industrien, die Programmierung einer Reihe dezentralisierter, untereinander verbundener Bauhäuser als Stätten konkreten Experimentierens und eine geplante zentralistische, in den Händen des Staatskapitals liegende Strukturierung.²² Doch der Bauhauskrise und den neuen Dimensionen der im Wohnungsbau anfallenden Aufgaben in den Jahren 1928–1930 muss man die schon grosse Masse überprüfbarer Resultate entgegenstellen, die in den sozialdemokratischen Gemeinden auf städtebaulicher Ebene erzielt worden waren. Die Siedlungen, die Otto Haesler zwischen 1928 und 1930 in Celle, Kassel und Rathenow baute, die, die Bruno Taut, Martin Wagner, Mebes und Hemmerich und Fred Forbat für die GEHAG in Berlin planten, die eines Ernst May, Mart Stam, Rudloff, Kaufmann, Schwangenscheidt in Frankfurt sind vor allem «verwirklichte Utopien». Es gelingt ihnen nicht, die neuen Dimensionen der Städte und des städtischen Territoriums grundlegend zu beeinflussen.

Da der Boden für die «rationalistischen» Siedlungen gemäss den

der spekulativen Stadt des 19. Jahrhunderts eigenen Usanzen erworben wird, sie unabhängig von den Industriezentren gebaut werden und als in sich geschlossene Produktionseinheiten auch unabhängig von der Industrie als Gesamtes sind, kommt ihnen ein pathetischer, in erster Linie ideologischer Wert zu.

Die vom Gesichtspunkt des Existenzminimums auf sorgfältigste ausgeklügelte Organisation der Zellen stellt ohne Zweifel die extremste Tat der radikalen Avantgarde dar. Die «leere Form» von Haesler, Taut und Schneider versinnbildlicht die «Zweckmässigkeit», die die Arbeiterstadt kennzeichnet, diese streng ethische Stadt, diese Stadt der physischen und sozialen Hygiene, vor allem aber diese Stadt des sozialen Friedens. Die Einfachheit der formalen Strukturen, der «Montage»-Prozess, mit dem die Siedlung gestaltet wird – von der Zelle über den Block zur Gesamtüberbauung –, sowie das sture Festhalten an der Serienmässigkeit der Elemente sind aus der Arbeit und den Versuchen der bildenden Avantgarde hervorgegangen. Die Absage an das «Einzelstück» – trotz einiger extremer Versuche Bruno Tauts –, die Zurückführung der Form auf das Baukastenelement, das Verstehen des Elementes als Zeichen sind Prinzipien, die nun auch im Städtebau angewandt werden. Die als «quantité négligeable» erachtete Architektur sucht ihre Existenzberechtigung in der Integration in die urbane Struktur.

Diese Parallele zwischen radikalem Städtebau und historischer Avantgarde ist eine Tatsache; sie lässt sich übrigens ohne weiteres dokumentieren: Man denke an die Kontakte eines Gropius und Taut mit dem Arbeitsrat für Kunst, mit der Novembergruppe und dem Berliner Dada, die eines Otto Haesler mit Karl Völker, während Schumacher, mit dem Schmidt-Rottluff zusammenarbeitet, die Gründung der «Brücke» geradezu miterlebt. Diese Beziehungen geben dem mit den Siedlungen dokumentierten «Rationalismus» sein ganz besonderes Gepräge. Es ist nicht eine dem kapitalistischen Zyklus entsprungene «Rationalisierung», die sich in einer bisher unbekanntenen Ausnützung der produktiven Territorien äussert, sondern eine «Rationalisierung» der befreiten Arbeit. Die mit Gewerkschafts- und «Sozialgeldern» gebaute und verwaltete Siedlung wird darum zum Symbol der Kluff, die

zwischen solchen «Inseln der Rationalisierung» und dem kapitalistischen Grundbesitz besteht. Sie will und muss ihre eigene Distanz zu den grossen Zentren und der Industrie garantieren. Ihre formale «Strenge» soll wie eine Anklage der Grossstadt und des produktiven Territoriums wirken, denn Grossstadt und produktives Territorium gelten innerhalb der radikalen Kultur als «negative» Elemente.

Die genossenschaftliche Arbeitersiedlung also als Arbeitsstadt konzipiert. Das ist ihre ethische Bedeutung, die immer noch zurückgeht auf die letzten zweischnidigen Theorien Engels, auf den Mythos, der im Proletariat den Bannerträger einer «neuen Welt» und den Sozialismus auf eine Gesellschaft bewusster Produzenten gegründet sieht. Der radikale Städtebau in Berlin und Frankfurt übertrücht so die schweren Niederlagen, die die deutsche Arbeiterklasse in ihrem Kampf auf den eigentlichen, wesentlichen Gebieten hinnehmen muss. Die Sozialisierung von Grundbesitz und Bauwesen, für die Marc Parvus und Martin Wagner 1918 in der Betriebsrätebewegung eingetreten waren und die auf politischer Ebene scheiterte, wird so zum «Inbegriff» einer unmöglichen Alternative zur kapitalistischen Stadt als ganzer. Eingedenk dieser ethischen Utopie sehen wir, dass das Experiment der «rationalistischen» Siedlungen im Grunde den populistischen und anarchistischen Bewegungen der expressionistischen Avantgarde nähersteht (man denke unter anderem nur an die Städtelyrik von Georg Heym, an den Aktivismus eines Kurt Hiller oder eines Ludwig Rubiner, an den Arbeitsrat für Kunst oder an die Berliner Dadagruppe) als der zweifelhaften «Zurückhaltung» der Neuen Sachlichkeit.

Dies ist der ideologische Hintergrund der architektonischen Bestrebungen der deutschen radikalen Kultur. Um deren realen wirtschaftlichen Gehalt herauszuschälen, müssen wir kurz ihre Hauptaspekte beleuchten.

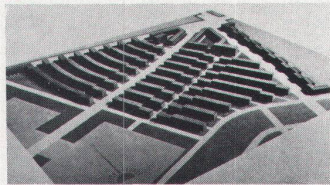
Es ist kaum zu glauben, dass auch die neuesten Analysen des deutschen Städtebaus zwischen 1920 und 1930 den geschichtlichen Ursprung der in Berlin und Frankfurt konkretisierten Wohnungsbaupolitik vernachlässigen. Die Forderung nach einer urbanistischen Reform, um für das an sich schwerwiegende Problem der Arbeiterwohnungen in Berlin eine

humane Lösung zu finden, wurde unmittelbar nach den Unruhen von 1847 vom Konservativen Huber in Zusammenarbeit mit dem Architekten C.A. Hoffmann gestellt. Es sind denn auch Huber und Hoffmann, die in Berlin als Konkurrenz zur Privatindustrie die erste gemeinnützige Wohnbau-gesellschaft gründen, und es ist Huber, der ab Ende der vierziger Jahre die Bodenspekulation in Berlin bekämpft. Es ist derselbe Huber, der ein Modell von als Siedlungen organisierten Wohngebieten rund um die grossen Arbeitsstädte vorschlägt, wobei der Weg zu den Produktionszentren nach radikalem Muster «mit modernen Fortbewegungsmitteln nicht mehr als eine Viertelstunde» beanspruchen sollte. Die Antwort auf den Kampf der Arbeiter wird also um die Mitte des 19. Jahrhunderts von «aufgeklärten» Konservativen gegeben. Ihre Reformbestrebungen scheitern zuerst an der Kurzsichtigkeit der eigenen Partei. Doch das von ihnen vorgeschlagene Instrumentarium – die Abschaffung der Grundrendite, der Konsum- und Produktionsgenossenschaften als Konkurrenz zur Privatinitiative, die Gründung staatlich und kommunal geförderter gemeinnütziger Gesellschaften, eine Städteplanung, die Siedlungen und Produktionsstätten in eine enge Beziehung zueinander setzt – finden wir nicht zufällig in den theoretischen Richtlinien der sozialdemokratischen Städtebaupolitik wieder.

Es mag gewagt scheinen, zu behaupten, die Tradition der Städtebaupolitik des ADGB stütze sich auf im 19. Jahrhundert von der konservativen Avantgarde erarbeitete Lösungen. Und doch ist dies eine Tatsache, über die nachzudenken sinnvoll wäre – auch im Hinblick auf die Belastung, die diese Tradition auch heute noch für die Parteien der Arbeiterklasse darstellt. Es ist bekannt, dass die Theorie der Siedlung als Mittlerin vor allem zwischen Stadt und Land noch andere, sorgfältig zu beachtende Ursprünge hat. Die Tradition der Gartenstadt – Unwin hat sie in seine Lehre übernommen, und Ernst May geht seit seinen ersten Arbeiten in Schlesien immer wieder auf sie zurück –, die im wilhelminischen Deutschland 1890 bis 1910 von R. Schmolli in Essen für Krupp geplanten Arbeiterviertel – Alfredshof, Altenhof, Margartenhof usw. – sind, mit andern zusammen, nicht zu übersehende Vorläufer; im selben Zusammenhang müssen die Versuche in der

Stadt Hellerhof genannt werden, wo Tessenow für den Holzindustriellen Schmidt arbeitete; auf ganz anderem Gebiet weiss man auch, wie sehr sich Bruno Taut für Kropotkins anarchistische Ideen, im besondern für die von ihm geforderten kleinen autonomen Wohn- und Produktionskommunen, interessierte. Man darf aber auch nicht vergessen, dass in der Ideologie des Deutschen Werkbundes das Bestreben, die Form auf das Elementare zurückzuführen, bereits enthalten war. Erinnern wir in diesem Zusammenhang nur an den von Hermann Muthesius 1907 an der Handelshochschule von Berlin gehaltenen Vortrag, in dem er feststellte, dass eine neue Wohnungstypologie Trägerin eines «neuen Bildungsni-

veaus» der arbeitenden Klasse ist. Nach Muthesius «führt die neue Architektur den Proletarier und den Handwerker zur Reinheit, zur Ursprünglichkeit und zur bürgerlichen Einfachheit.»²³ (Hier erkennt man den tiefen politischen Einfluss, den Friedrich Naumann auf den Werkbund ausübte; er sah in der neuen Strenge der Formen ein Symbol der deutschen Einheit und der Rationalität der deutschen Industrie, die im Begriffe war, den internationalen Markt zu erobern.)¹⁰

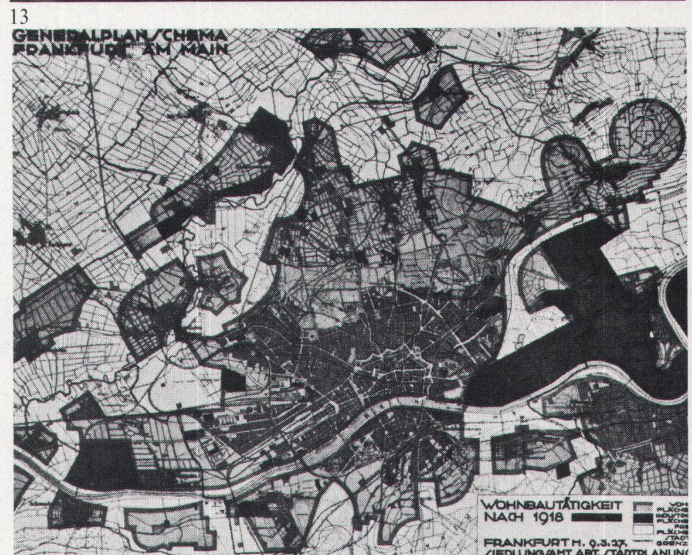
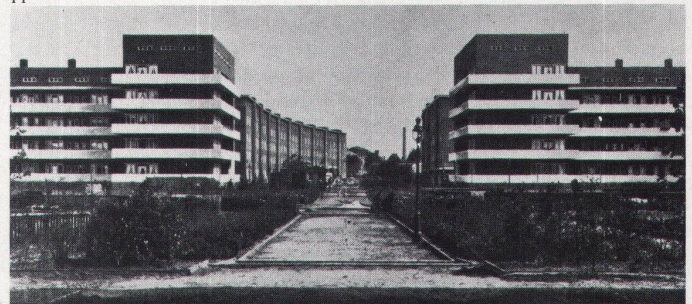
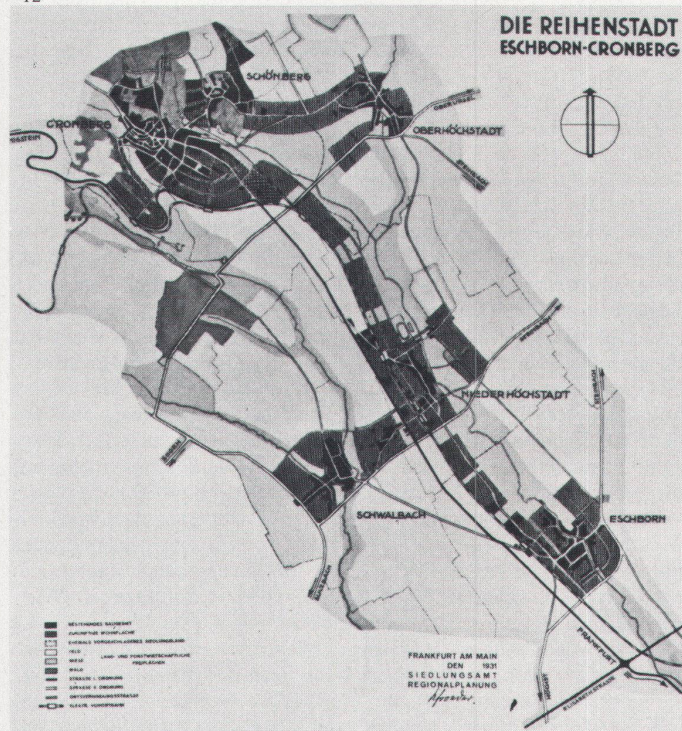


Das Grosstadt-Modell

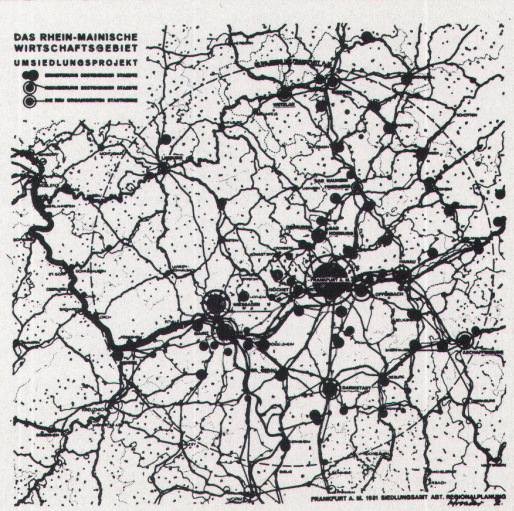
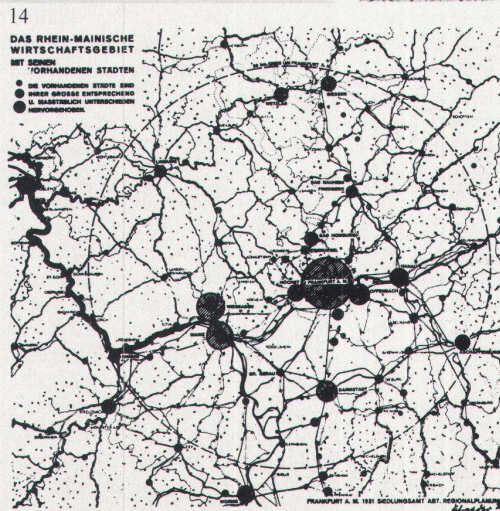
Stellen wir nun diesen ganz verschiedenartig gelagerten kulturpolitischen Ausgangspunkten die Situation der deutschen Städte in den Jahren 1920 bis 1930 gegenüber. Die wirtschaftlichen Merkmale der Grosstädte unterscheiden sich bereits deutlich von denen der Städte des 19. Jahrhunderts. Das Überhandnehmen des tertiären Sektors in den grossen Städten und die territoriale Dezentralisierung der Produktionsstätten bedingen ein anderes Instrumentarium als das,

dessen sich die radikale Städteplanung bediente: die räumliche Wirtschaft, von der Christaller ein erstes Modell liefert – noch ganz innerhalb der Theorie vom territorialen Gleichgewicht²⁴ –, entspricht den neuen Strukturen der produktiven Organisation weit mehr.

Das ist noch nicht alles. Es gelingt der Städteplanung eines Taut, eines May oder eines Wagner nicht, die urbanen Zentren einer planmässigen Restrukturierung zu unterziehen. Die vielen Wettbewerbe, die darauf abzielten, den Innenstädten von Magdeburg, Köln oder Berlin neue Dimensionen zu



- 10 Hinsch und Demling, Wettbewerb für Kleinwohnungen auf dem Dulsberggelände in Hamburg, 1927 (1. Preis)
- 11 Karl Schneider, Wohnhausblock an der Jarrestrasse in Hamburg, 1928
- 12 Die Reihentadt Eschborn-Cronberg, 1931. Lageplan
- 13 Generalplanschema der Stadt Frankfurt am Main, 1927
- 14 Karte der vorhandenen Städte im Rhein-Main-Gebiet, 1931 (links). Schematischer Plan einer Umsiedlung. Maximale Grösse der Industrieorte 12000 Einwohner. Entfernung von der Heimatstätte zur Fabrik 20 Minuten (1931) (rechts)



geben, bleiben – bis auf wenige Ausnahmen (darunter die zum Teil von Peter Behrens durchgeführte Neugestaltung des Alexanderplatzes) – toter Buchstabe. Es erklärt sich warum. Das Zentrum der grossen Städte – Behrens hatte das 1912 erkannt²⁵ – wird nun zum tertiären Arbeitsplatz; mit andern Worten, es wird in den Bereich der produktiven Arbeit einbezogen. Das städteplanerische Instrumentarium, über das die sozialdemokratischen Organisationen verfügen, ermöglicht es diesen nicht, dort einzugreifen, wo das Privatkapital alles Interesse hat, die Verlegung der Arbeitsstätten selber zu bestimmen und über deren Funktionieren zu wachen: Der Boden im Herzen der Grossstädte entzieht sich der sozialdemokratischen Verwaltung. Dies zwingt die deutsche Avantgarde zu einer Konzeption der Stadt, die durchaus nicht in der Linie der städtebaulichen Tradition des 19. Jahrhunderts liegt. Stübgen, Baumeister, Endell und Behrens selbst versuchten ein System zu finden, um die urbane Dynamik zu kontrollieren, indem sie die Grossstadt als einen globalen, untrennbar mit der kapitalistischen Entwicklung verbundenen Prozess auslegten. Für sie ist die Grossstadt eine neue Gegebenheit, mit der sich die Architektur auseinandersetzen muss, und nicht ein Übel. Endell und Scheffler drücken das deutlich aus: «Die Schönheit der Grossstadt» ist ihre Entdeckung; sie teilen weder die expressionistische Auflehnung gegen das «Negative» der Städte noch die Angst des 19. Jahrhunderts vor der Masse als Trägerin der sich aus der Sozialisierung der Produktion ergebenden Vermassung.²⁶

Der Dualismus, den die radikale Architektur in die Stadt bringt, bricht mit dieser theoretischen Tradition. Der Produktionsstadt, die allein den Bedürfnissen der grossen oligarchischen Kartelle dient, stellt sich die Stadt als Stätte der Erneuerung der Arbeitskraft entgegen, wie sie der polemische Elementarismus von Siedlungen wie Praunheim, Römerstadt, Bruchfeldstrasse, Hermesweide (?) usw. in Frankfurt und wie Britz, Zehlendorf und Freie Scholle in Berlin verherrlicht. Die sozialdemokratische Verwaltung bestätigt sich in diesen vereinzelt Vorortsüberbauungen, bei denen es nicht einmal möglich ist, in grossem Umfang Standardisierungssysteme einzuführen. Experimente wie die von Haesler in der Siedlung Rothenberg bleiben Ausnahmen. May standardisierte jedes

kleinste Element seiner Siedlungen – die Frankfurter Küche –, und erst in seiner letzten Planung, einem Quartier in Frankfurt (in der Siedlung Goldstein), forderte er die Typisierung der ganzen Überbauung. Mit der Siedlung will man in der Tat nicht einen festen Typ propagieren, sie soll vielmehr ein flexibles Modell darstellen: Mart Stam war sich dessen beim Bau eines Quartiers in Hellerhof (1929–1931) voll bewusst.²⁷

Es steht jedoch fest, dass trotz der hohen architektonischen Qualität der von May, Taut, Gropius und Haesler gebauten Quartiere, die in ganz Europa Schule machten, es zu Beginn der dreissiger Jahre gerade auch für die Techniker und Architekten, die sie gestaltet hatten, fraglich wurde, ob dies aus städtebaulicher Sicht das richtige Vorgehen war. In einem 1929 in der Publikation des Deutschen Werkbundes «Die Form» erschienenen Artikel wird Alexander Schwab das von Gropius, Fischer und Paulsen ausgearbeitete Projekt für eine Berliner «Genossenschaftsstadt» für rund 24000 Personen aufs heftigste kritisieren.²⁸ Seine Kritik beruht auf rein wirtschaftlichen Überlegungen. In Schwabs Augen ist der von Gropius und seinen Mitarbeitern vorgeschlagene Komplex ein letztes Produkt des utopischen Sozialismus. Angesichts der veränderten Massstäbe und der erneuten Verschmelzung von Produktionsunternehmen und Konsumtionszentren ist für ihn die durch kollektive Einrichtungen gesicherte wirtschaftliche Unabhängigkeit der Überbauung – sie soll zu zwei Dritteln mit ausländischen Geldern finanziert werden – ein Anachronismus. Angenommen, die Genossenschaftsstadt von Gropius kann mit den in der Hauptstadt gebotenen Einrichtungen konkurrieren, wird sie mit ihrem auf genossenschaftlicher Basis errichteten Status eine «utopische Insel» inmitten einer kapitalistischen Welt darstellen.²⁹

Man beachte, dass Schwab einen wichtigen Punkt des Problems herausgreift. Es ist nicht die «kapitalistische Welt», die von der genossenschaftlichen Organisation eingezwängt wird – wie das in den programmatischen Träumen des ADGB und der DEWOG der Fall war. Baute man viele dieser «Genossenschaftsstädte», bewirkte das genau das Gegenteil, die kapitalistische Metropole würde die genossenschaftliche Utopie einkreisen.

Martin Wagners Austritt aus der SPD

Klarehendere sozialdemokratische Intellektuelle sehen darum in der Gesamtplanung bestimmter Gebiete, in die das ganze nationale Wirtschaftssystem mit einbezogen werden kann, die einzige Rettung. Es ist kein Zufall, dass gerade Martin Wagner, der bis Ende 1931 Stadtbaurat war, erklärt, die von der avantgardistischen Gruppe im Berliner Stadtbauamt vorangetriebene Kommunalpolitik der SPD sei gescheitert. Wagner selbst verkündet 1932 das Ende der «Arbeiterstadt» des 19. Jahrhunderts. Es sind die Rationalisierung in der deutschen Industrie, die Strukturierung des wieder organisch zusammengesetzten Kapitals, die Degradierung der Arbeit zu einer abstrakten Tätigkeit, die Zunahme des tertiären Sektors in den Städten und das Entstehen unabhängig von der Stadt konzipierter Produktionszentren auf dem Lande, die dieses Ende herbeiführen. Martin Wagner sind die Zusammenhänge, die zwischen der wachsenden Dezentralisierung der Produktionsstätten und den Auswirkungen, die die neue Struktur des organisch zusammengesetzten Kapitals hat, klar bewusst. «Der Rationalisierungsprozess der deutschen Industrie», schreibt er³⁰, «hat eine unglaublich grosse Zahl menschlicher Arbeitsplätze an die Maschine abgegeben und damit städtische Arbeitsplätze überflüssig gemacht. (...) Das laufende Band und die Maschine stellen sich immer mehr auf ‚ungelernte‘ Arbeiter ein, die in den Kleinstädten und auf dem Lande ‚billiger‘ zu haben sind. Hinzu kommt, dass die Verkehrsmittel», schreibt er weiter, «die die scharfe Zentralisation der Arbeitsstätten in den Grossstädten zwar erst möglich gemacht haben, heute ebenso die entgegengesetzte Entwicklung zur Dezentralisation der Arbeitsplätze fördern.»³¹

Dies bedeutet aber, dass die weitgehende Einführung der Fließbandarbeit – durch die die Arbeit plötzlich ihre Qualität einbüsst und zu etwas rein Abstraktem wird – unweigerlich eine kapitalistische Bodenpolitik nach sich zieht. Es ist kein Zufall, dass Wagner den neuen Stellenwert, der der Transportpolitik innerhalb der Bodenpolitik zukommt, besonders hervorhebt.³² Daraus ergibt sich, dass er gerade die Grenzen, die sich Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Genossenschaften auf dem

Gebiete der Stadtverwaltung selbst auferlegt hatten, als irrational bezeichnen muss. «Wenn wir uns nun aber ganz roh überschlagen, dass ein solcher Anlagewert eines städtischen Arbeitsplatzes in Berlin (ohne Grund und Boden) etwa 12000 Mark kostet, dann dürfte es uns schon einigen Eindruck machen, wenn wir uns ausrechnen, dass bei 670000 verlassenen Arbeitsplätzen ein Kapital von rund 8 Milliarden Mark ohne jeden Ertrag brachliegt. Und ebenso erschreckend muss uns doch der Gedanke angehen, dass solche Milliardenwerte durch dauernde Wanderungen der Arbeitsplätze zur Vernichtung gelangen und dauernd neu aufgebracht werden müssen. Dieser Gedanke an den Wert der Arbeitsplätze wird um so ernster, je mehr wir uns bewusst werden, dass der Anlagewert der Arbeitsplätze in dauerndem Wachstum begriffen ist. Nach ganz überschläglichen Berechnungen beträgt z.B. ein Arbeitsplatz in der Maschinenindustrie schon 14000 Mark, in der chemischen Industrie aber bereits 28000 Mark und in der Industrie für Gas-, Wasser- und Elektrizitätsgewinnung etwa 82000 Mark. (...) Warum ernähren wir noch einige Millionen Städter auf völlig und endgültig abgestorbenen Arbeits- und Ernährungsplätzen? Und wie lange wollen wir uns dieses verhaftungswürdige volkswirtschaftliche Verbrechen noch erlauben? (...) Die kommunale Selbstverwaltung war bisher nichts anderes als ein Tag- und Nachtwächterdienst für ein sehr geheimes, sehr privates, sehr verschwenderisches und überaus fehlerhaftes Wirtschaftssystem.»³³

Wagner erachtet die festen Kosten einer Grossstadt, die er aufgrund der Transportkosten berechnet, als ebenso assimilierbare Variablen wie die eines Grossunternehmens. Das heisst, dass die Grossstadt selber eine Unternehmung, eine Produktionsmaschine ist: Es geht darum, die Grossstadt in die Nationalwirtschaft, in das als Produktionsstätte verstandene Territorium, das seinen eigenen Gesetzen unterliegt, zu integrieren. Hiermit ist Martin Wagner nicht mehr weit davon entfernt, das Inkrafttreten eines Grossplanes zu fordern, der den «Verschleiss» der kapitalistischen Produktionsanarchie ausmerzt. Auf diese Weise wird die ganze sozialdemokratische Stadtverwaltung mit unter Anklage gestellt. Vorrangig ist nicht mehr das Wohnungsproblem des neuen Menschen, des bewuss-

ten Produzenten, der sich in der avantgardistischen Architektur wiedererkennen «muss», sondern die Wirtschaftlichkeit der Produktivität der tertiären Stadt, die Reorganisation des Transportnetzes im Hinblick auf die Integration der Produktivitätszentren und die wachsende Zahl von Pendlern unter den Arbeitskräften sowie die zentralisierte Gesamtplanung. Eine Berechnung der Produktivität der Stadt, das ist Wagners in krassem Widerspruch zu der irrationalen Investitionspolitik der SPD stehende Folgerung. In diesem Zusammenhang sind drei Artikel, die Wagner 1931 geschrieben hat, um seinen Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei zu rechtfertigen, von grösstem Interesse.³⁴

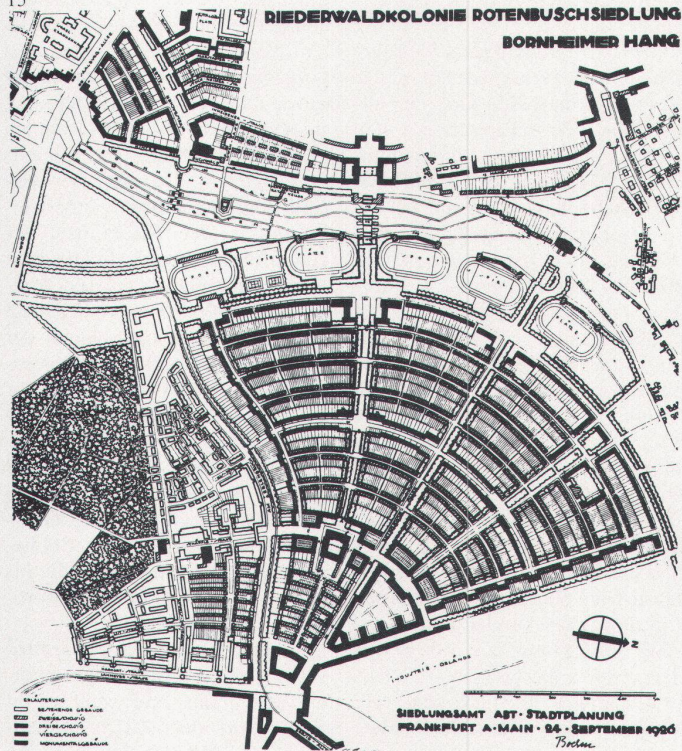
In diesen Schriften, die dem Grossteil derer, die sich mit moder-

nem Städtebau befassen, nicht bekannt ist, wirft er der SPD nicht ihre politische Haltung vor, sondern ihre verantwortungslose Wirtschaftsführung. Wagner kann denn auch anhand von Zahlen nachweisen, dass dem Plan, nach dem die Stadt Berlin Landenteignungen vornahm, überhaupt keine Berechnungen zugrunde lagen und dass er in völliger Anarchie verwirklicht wurde. Die «freie» Anordnung der Siedlungen, die gegenwärtig einige Kritiker als Beispiel der in Sektoren aufgeteilten Stadt so loben – May und Schmidt schreiben aber nicht zufällig, die in Sektoren aufgeteilte Stadt sei eine «kapitalistische», die kompakte Stadt dagegen eine «sozialistische Stadt», wobei sie ihrerseits wieder am Kern des Problems vorbeigehen³⁵ –, ist also das Resultat einer

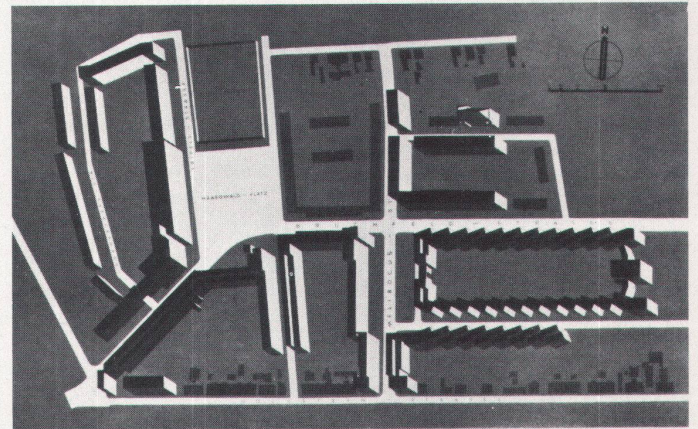
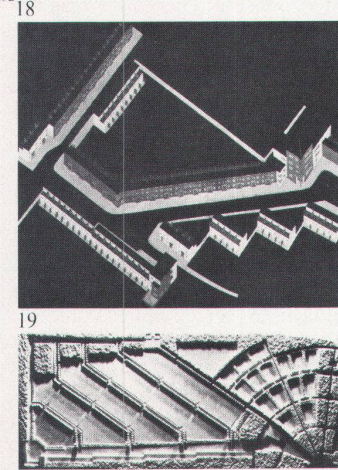
absurden Kaufpolitik, die weder auf Transportkosten noch auf die Beziehungen zwischen Wohnen, tertiärer Stadt und Produktionsdezentralisierung Rücksicht nimmt.

«Wohin es führen muss, wenn die massgebende Partei des Berliner Rathauses bei den Grundstückskäufen ein System der Umgehung der Beschlusskörperschaften duldet, das will ich nur an dem Kauf des Aschingergrundstückes

am Alexanderplatz aufzeigen. Dieses Grundstück, das einen Steuerwert von 2775000 Mark hatte, wurde unter der Mitwirkung des Landtagsabgeordneten Heilmann, des Stadtverordneten Loewy, des Stadtrates Zangemeister und unter Zustimmung der Stadträte Hahn und Reuter zum Preise von 13,5 Millionen Mark, d. h. zu einem Preise von etwa 6000 Mark pro Quadratmeter, bezahlt. Der Kauf-



- 15 Bebauungsplan für das Wohngebiet am Bornheimer Hang, Frankfurt am Main, 1926
- 16 Ernst May und Boehm, Entwurf für den Bebauungsplan der Siedlung Niederrad, Frankfurt am Main, 1926–27. Projekt der Wohnbauten: E. May und C. H. Rudloff
- 17 Ernst May und C. H. Rudloff, Siedlung Römerstadt, Frankfurt am Main, 1927–28
- 18 Ernst May (Mitarbeiter: Baurat Kaufmann. Farbtafel: Leistikow), Siedlung Praunheim, Frankfurt am Main. Ausschnitt
- 19 Erweiterung des Frankfurter Hauptfriedhofes. Entwurf: Ernst May und Gartenbaudirektor Bromme, 1928. Modellaufnahme



SIEDLUNG BRUCHFELDSTRASSE (NIEDERRAD)

BAUHERR: AKTIEN-BAUGESSELLSCHAFT FÜR KLEINE WOHNUNGEN

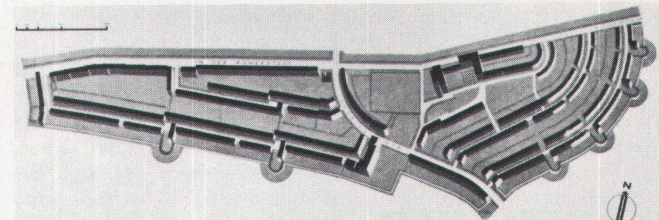


UFTBILD Foto: Südwestdeutsche Luftverkehrs A. G.

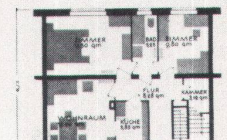
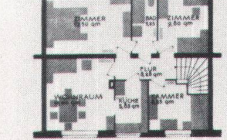
Insgesamt	ZAHL DER WOHNUNGEN						Durchschnittswerte bei den Haupttypen für eine Wohnung				Einrichtungen z. Erleichterung d. Haushaltsführung und Zentralanlagen
	1	2	3	4	5	6	Wohnfläche qm	Reine Baukosten RM	Stromkosten bei Grundmiet- u. Aufzählung RM	monatliche mietliche Miete RM	
643	172						56	10700	13200	48-56	Frankf. Küche Zentr.-Fornh. im Warmwasser versorgung Zentral-Walchi Kinderheim Säuuglingsheim Zentrale Radi Vermittlungsar.
	318						65	14000	16500	60-70	
		81					90	16000	18800	90-100	
			23				105-115	16800	19500	100-120	
				49			107	18200	21600	rd 110	

* Die Mieter leisten Vorauszahlungen

17



SIEDLUNG RÖMERSTADT BAUHERR: MIETHEIM A. G.



ZWEIFAMILIENWOHNHAUS ERD- UND OBERGESCHOSS

Insgesamt	ZAHL DER WOHNUNGEN						Durchschnittswerte bei den Haupttypen für eine Wohnung				Einrichtungen z. Erleichterung d. Haushaltsführung und Zentralanlagen
	1	2	3	4	5	6	Wohnfläche qm	Reine Baukosten RM	Stromkosten bei Grundmiet- u. Aufzählung RM	monatliche mietliche Miete RM	
1211	240						48				Frankf. Küche Hess-Zentralheizung u. Warmwasser- versorgung
		308					66				
			206				75				
			395				88				
				42			106				
					9		130				

Die Siedlung wurde durch die Mietheim A.-G. in den Jahren 1927/28 auf enteignetem Gelände errichtet. Der Siedlungsplan wurde von Stadtbaurat May unter Mitarbeit von Städt. Baurat Boehm, aufgestellt. Der Entwurf der Wohnungsbauten erfolgte unter Verwendung von wenigen Typen, für die Bauten beiderseits der Straßen an der „Ringmauer“ durch den Architekten B.D.A. Schaupp, für die Bauten beiderseits der Straße „Im Heidentel“ durch den Architekten B.D.A. Blatter, für den Wohnungsblock weillich des Südeinganges der Siedlung an der „Hadrianstraße“ durch den Architekten BDA. Franz Schüller, für die übrigen Teile durch Stadtbaurat May, Mitarbeiter Architekt B.D.A. C.-H. Rudloff.

preis lag also um mehr als 10 Millionen Mark über dem Steuerwert und kam so auf den für jeden Fachmann geradezu ungläubhaften 92fachen Friedensmietwert.»³⁶

Wagner zitiert ein Beispiel nach dem andern. Es ergibt sich daraus ein klares Bild der Gegensätzlichkeit zwischen der Sozialpolitik, die den auf die Errichtung einer «Wirtschaftsdemokratie» ausgerichteten Programmen des ADGB zugrunde lag, und der effektiven Handhabung dieser Programme: Es bestand also eine schwerwiegende Kluft zwischen Ideologie und wirtschaftlicher Realität.

«Man halte sich vor Augen, was es bedeutet, bei den Grundstückskäufen», fährt Martin Wagner fort, «300 Millionen Mark und bei den Verkehrsbauten 330 Millionen Mark langfristig nicht finanzieren zu können, mit kurzfristigen Schulden von 650 Millionen Mark dauernd bedroht zu sein, die Verzinsung dieser Summen nicht etwa aus einer Rentabilität der Anlagewerte, sondern aus laufenden Steuermitteln herauswirtschaften und daneben noch für eine verstärkte Tilgung der Fehlanlagen sorgen zu müssen. Eine solche Kommunalpolitik bedroht nicht nur die Einnahmen aus unseren rentablen Werken, sie bedroht auch den laufenden Ausgabenetat für lebenswichtige öffentliche Zwecke.» (...)³⁷

Martin Wagner kritisiert folglich auch die Ausgaben für eine nicht innerhalb eines Gesamtplanes konzipierte Reorganisation des städtischen Verkehrsnetzes, die, was noch schlimmer ist, auch auf die an sich schon chaotische Streuung der Wohngebiete keine Rücksicht nimmt. Die Verantwortung dafür lag bei den Spitzen der SPD. «Als die Chapman-Gruppe im Frühjahr 1927 der Stadt Berlin die Bebauung des Schöneberger Südgeländes anbot, da hätte die Stadt vor aller Welt zeigen können, wie man ökonomischen Städtebau zu betreiben hat. Die Verlängerung einer U-Bahn, zumal als Einschnittbahn gebaut, hätte in einem neu erbauten Stadtteil für 50000 Einwohner nicht nur zusätzlichen Verkehr geschaffen, sondern auch von der Stadt nur geringe Mittel für Neuanlagen erfordert. Verkehr, Leitungsnetze und kommunale Verwaltungskosten wären bei einer kompakten Stadtanlage rentabler gewesen.»

Die 2300000 in den Jahren 1925 bis 1933 in Deutschland gebauten Wohnungen werden so als unproduktive Kosten, als Verschwendung eingestuft. Es ist bezeich-

nend, dass Wagner nie die Prinzipien der «Wirtschaftsdemokratie» angreift, sondern immer nur die Art und Weise, wie sie verwirklicht wurde. Die Unwirtschaftlichkeit der öffentlichen Ausgaben steht für ihn in keinem Zusammenhang mit den Zielen der Sozialdemokratie, sie ist vielmehr auf vermeidbare Verzerrungen und subjektive Unzulänglichkeiten zurückzuführen. Es drängt sich nun beinahe auf, direkt zu einer Analyse der Gesamtplanung in städtebaulicher Sicht überzugehen, ohne vorher die realen Funktionen der Stadt oder den Klassenkampf im Rahmen der kapitalistischen Entwicklung zu untersuchen.

Die gescheiterte Städtebaupolitik der sozialdemokratischen Organisationen

Es scheint mir geschichtlich falsch, das sozialdemokratisch verwaltete und von radikalen Architekten gebaute Berlin der Jahre 1920 bis 1930 als eine «offene Stadt» zu bezeichnen, wie das oft geschieht. Die Art und Weise, wie der Standort der Siedlungen gewählt wurde, ist – in Berlin noch mehr als in Frankfurt – Teil einer defizitären und unwirtschaftlichen Verwaltung. Die SPD-Funktionäre waren (zumindest im beschränkten Rahmen ihrer Interventionsmöglichkeiten) nicht zu einer sachlichen, korrekten Finanzpolitik fähig, andererseits war es falsch, das Wohnproblem unabhängig von den Problemen der Stadt als produktiven Organismus lösen zu wollen. In diesem Sinn äussert sich das Bekenntnis zum Antikapitalismus der sozialdemokratischen Städtebaupolitik paradoxerweise in einer zum Ruin führenden Wirtschaftsführung. Es scheint, als würde die Städtebaupolitik der sozialdemokratischen deutschen Gemeinden in dramatischer Weise das bewahren, was Max Weber 1907 in Magdeburg anlässlich einer Diskussion «über den Aufbau und die Organisation von Stadtverwaltungen» prophezeit hatte. Er vertrat damals die Ansicht, der revolutionäre Sozialismus sei zu keiner rationalen Handhabung der Macht imstande (lies: nach rationaler kapitalistischer Logik), ohne die Verwaltung selbst zugrunde zu richten oder die eigenen Klassenziele zu verleugnen. Weber schrieb: «Nichts hätte – auch für uns –

schwerwiegendere Folgen als der Versuch, die künftige sozialistische Politik auf der jetzigen Wirtschafts- und Sozialordnung aufzubauen; die eigenen Leute, die Arbeiter, wären die ersten, die sich von der Partei abkehrten.»³⁸ Angesichts des Wirtschaftsdünkels des Linkskommunismus und des sozialdemokratischen Dilettantismus erinnert Weber an die spezifischen Aufgaben des Klassenkampfes innerhalb des vorrückenden und gegen den vorrückenden Kapitalismus. Es besteht folglich ein riesiger Unterschied zwischen der sozialdemokratischen Städtebaupraxis und der Weitsichtigkeit, mit der ein Theoretiker wie Ludwig Hilberseimer die Thesen wiederaufnimmt, die Georg Simmel zu Beginn der Jahrhundertwende in bezug auf die Bedeutung der modernen Grossstadt aufgestellt hatte.³⁹ Hilberseimer schreibt 1927 in seiner «Grossstadtarchitektur»⁴⁰: «So erscheint die Grossstadt in erster Linie als eine Schöpfung des allmächtigen Grosskapitals, als eine Ausprägung seiner Anonymität, als ein Stadttypus von eigenartigen wirtschaftlich-sozialen und kollektiv-psychischen Grundlagen, gleichermaßen grösste Isolation und engsten Zusammenschluss ihrer Bewohner gestattend.»

Man kommt schwerlich umhin, aus diesen Feststellungen Hilberseimers nicht die von Simmel erkannte Beziehung zwischen der «Intensivierung des Nervenlebens in der Grossstadt» und dem sich daraus ergebenden grösseren «Verständnis» herauszulesen. Für Hilberseimer wie für Simmel ist folglich die Desorganisation der kapitalistischen Stadt an die erste Konstitutionszeit gebunden und nur in einer Übergangsphase nötig, mit dem Zweck, ein grösseres Kollektivverständnis zu bewirken. Die Voraussetzung dazu ist aber in erster Linie eine Gesamtplanung der urbanen und regionalen Produktivität, die Teil einer nationalen und internationalen Wirtschaftsplanung ist. Die Grossstadt ist für Hilberseimer in der Tat ein produktiver Organismus und nicht ein Parasit. Er schreibt: «In völliger Verkenning ihres eigentlichen Wesens übersah man, dass gerade die Grossstädte den wirtschaftlichen Produktionsprozess selbständig steigerten, immer schneller und bewusster die Wirtschaftsführung an sich rissen, zur produktiven Arbeit eines Landes, zu seiner geistigen Leistung Wesentliches beitrugen.» «Schlecht» an der Grossstadt ist der «Missbrauch», den das Kapi-

tal mit ihr treibt, nicht ihre Substanz. Hier gerät Hilberseimer in einen Teufelskreis. Für ihn kann nur «eine neue Ordnung» die «Produktionsmaschine menschlicher» machen. Dies ist der schwächste Punkt seiner sonst sehr scharfsinnigen Überlegungen. In dieser Vision eines «antikapitalistischen Gebrauchs des Instrumentalen Grossstadt» erkennt man die Einflüsse der geistigen Vertreter eines «demokratischen Kapitalismus» auf Hilberseimer. Nicht zufällig zitiert er Henry Ford, er hätte sich aber auch auf Walter Rathenau berufen können. Wichtiger aber ist, hervorzuheben, wie sich seine Lektüre auf höherer Ebene auf die Grossstadt auswirkte. «Unter solchen Gesichtspunkten erweitert sich die Stadtplanung zur Landesplanung. Wird Städtebau zum Staatenbau.»⁴¹ Konzentration des tertiären Sektors und Zentralisation der Industrie, zwei Vorgänge, die parallel zueinander laufen und Teil voneinander sind, müssen sich den – erst im Rahmen eines völlig abstrakten Modells festgelegten – Gesetzen der Gesamtprogrammierung unterwerfen. (...) Der Staatenbau der Zukunft wird aber in Abhängigkeit von der Bildung der grossen Wirtschaftskomplexe vonstatten gehen. Von dem Zusammenschluss der National- und Nationalitätenstaaten zu Wirtschaftseinheiten. Für uns insbesondere ist also die Zusammenfassung des politisch zerrissenen europäischen Kontinents zu einer ökonomischen Einheit die Voraussetzung für eine im produktiven Sinne wegweisende Städtebaupolitik, die eine Lösung des bis dahin unlösbaren Grossstadtproblems bringen wird.»⁴²

Hilberseimer betrachtet das Problem also losgelöst von der unmittelbaren Praxis und stellt es in einen rein modellmässigen Zusammenhang. Den Teillösungen, die die «genossenschaftlichen Inseln» darstellen, und den utopischen Anforderungen an die Architektur, einen «sozialistischen Humanismus» zu verwirklichen, stellt Hilberseimer die Probleme einer sich der kapitalistischen Entwicklung unterstellenden «Stadt-Maschine» entgegen. In Hilberseimers «Stadt der tertiären Tätigkeit» hat so die traditionelle deutsche Theorie zum Thema Grossstadt ihren letzten Niederschlag gefunden. Da sie als Entwicklungsstadt als eine im Rahmen einer Gesamtentwicklung wachsende Stadt verstanden wird, wird sie nur als Gerüst, als Stadt ohne Eigenschaften, entworfen.

Hilberseimers Vorstellungen sind darum sehr fragwürdig. Sie sprechen einerseits der Architektur jede Bedeutung ab und stützen sich andererseits anscheinend auf rein theoretische Modelle urbaner Organisation.

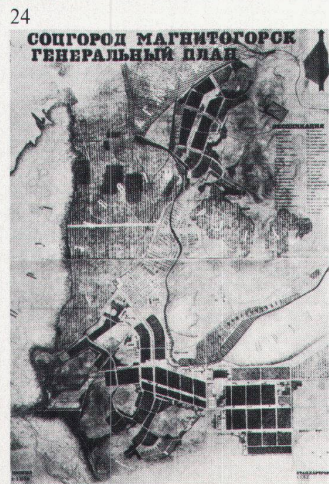
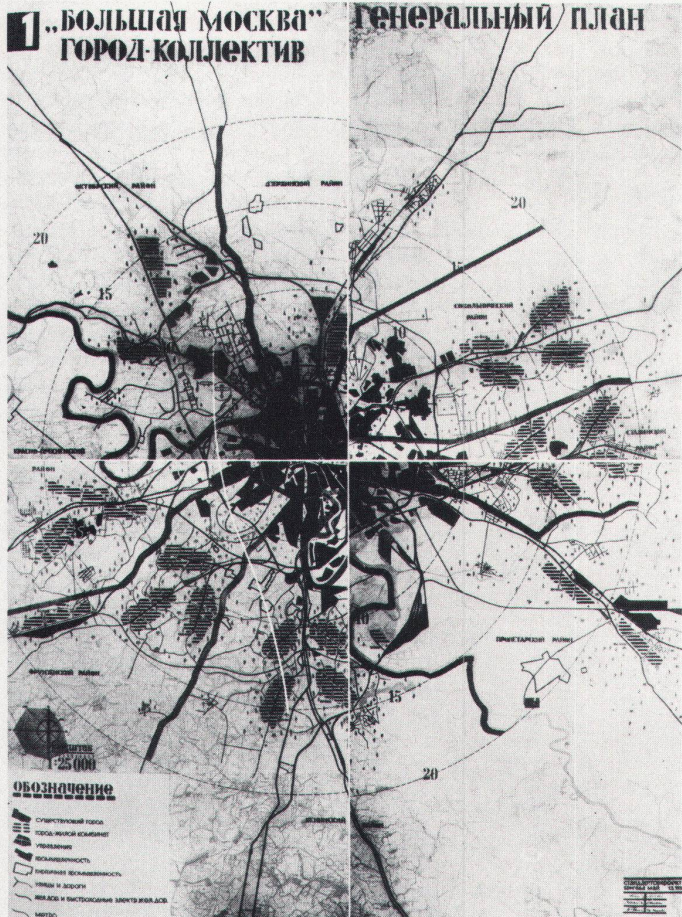
Trotzdem lässt sich die Grossstadt Hilberseimers mit Mächlers Plan für Grossberlin oder die Ville de 2 millions d'habitants von Le Corbusier vergleichen, denn wie diese beiden Projekte will auch Hilberseimer die Grossstadt als Ganzes verstanden wissen. Konzentra-

tion oder Dezentralisierung sind für Hilberseimer keine Alternative: Wieder ist es der Parameter, der sich aus Verkehr und Fahrzeit ergibt, der den Ausschlag gibt. (Ein Problem, mit dem sich May 1921 in seinem Projekt für einen Richtplan für Breslau auseinandergesetzt hatte, und das er 1932 in seinem Projekt für den Plan Moskaus wiederaufnahm.) Die Grossstadtarchitektur stellt, auch hinsichtlich der äusseren Gestalt, die Hilberseimer seinem Modell mit sich überlagernden Funktionen gibt,

eine grundlegende Alternative zu Unwins Theorien, zu Tauts Auflösung der Städte und zu dem in Frankfurt und in Berlin erprobten Interventionsmodell dar. Hilbers-

eimer übt – zwischen den Zeilen, aber dafür nicht weniger deutlich – direkt Kritik an der Städtebaupolitik der sozialdemokratischen Organisationen. Nur durch eine übernationale Wirtschaftsprogrammierung können die Vielschichtigkeit und das «kapitalistische» Produktionschaos, die in der Grossstadt am augenfälligsten zutage treten, entwirrt und gezügelt werden. Nicht zufällig beruft sich Hilberseimer auf der letzten Seite seines Buches hinsichtlich des Chaos, aus dem die Gestalt «hervorgehen muss», auf Nietzsche: das kann er nur, weil er noch ausserstande ist, die Beziehungen zwischen «negativem Denken» und Avantgarde im richtigen Licht zu sehen.

Wichtig ist, dass Hilberseimer durch seine rein theoretische Studierstubelektüre zu denselben Erkenntnissen gelangt wie Martin Wagner durch seine täglichen Erfahrungen im Stadtbaurat. Wir haben es nun nicht mehr mit der Ideologie des «demokratischen Kapitalismus» zu tun, sondern mit der eines geplanten Staatskapitalismus, die innerhalb einer Ideologie des Kapitalverwertungsplanes, der alle Aspekte eines Kampfes gegen die kapitalistische Anarchie inne- wohnen, an erster Stelle steht.⁴³



- 20 Umschlag der Zeitschrift «Das neue Frankfurt», Nr. 7/8, 1929
- 21 Umschlag der Zeitschrift «Das neue Frankfurt», Nr. 7, 1931
- 22 Ernst May (Standartgorproekt), Gesamtplan für Gross-Moskau, 1932
- 23 Ernst May (Standartgorproekt), Stadtplan des Kombinats «Lenino», 1932
- 24 Ernst May und Fred Forbat, Richtplan für Magnitogorsk UdSSR, 1932. Senkrechte Schraffur: metallurgische und chemische Industrien; rechts: die Bergwerke; unten rechts: die leichten Industrien; schwarz: die Wohnstadt und die Satellitenstadt (oben)



20
21
22
23
24

Die hoffnungsvollen Beispiele aus Russland

Wir befinden uns aber noch auf der Ebene einer allgemeinen Ideologie. Die augenfälligsten Grenzen der Praxis der SPD und des ADGB werden nur teilweise durchbrochen. Angesichts der theoretischen Sprünge, die die antizyklische Wirtschaftstheorie und die Theorie Keynes machten, müssen die Intellektuellen der Weimarer Republik, die Fachleute des Bauwesens geworden waren, zum Schluss kommen, dass das Sowjetrussland des ersten Fünfjahresplanes das einzige Land ist, in dem sich ihre ideologischen Vorstellungen verwirklichen lassen.

Die Identifikation von Sozialismus und Plan geht also zurück auf die Engelsche Tradition, auf die nachleninschen Auseinandersetzungen in der UdSSR und die ideologischen Auseinandersetzungen der deutschen Intellektuellen. Ist Berlin übrigens etwa nicht seit Beginn der zwanziger Jahre bewusst das Begegnungszentrum der radikalen Avantgarde und der russischen Intelligenz? (Man denke an

die Rolle, die in dieser Hinsicht Adolf Behne, Ilija Ehrenburg, Lissickij und Publikationen wie «Vešč» oder «Das neue Russland» spielten.)⁴⁴

«Es ist eine Ironie des Schicksals», schreibt Martin Wagner am 25. Juli 1931 im «Tagebuch»⁴⁵, «dass am selben Tag, an dem sich über 1000 Stadtplaner, nachdem sie während 5 Tagen der Autopsie der gestorbenen europäischen Stadt beigewohnt hatten, in ihrer Schlussitzung einhellig ihre Ohnmacht, etwas zu tun, eingestehen, Stadtbaurat Ernst May in einem Kreis junger begeisterter Architekten und Baufachleute seinen bedeutenden Vortrag über den russischen Städtebau hält. (...) Die Jungen fühlen instinktiv, dass von Russland neue Impulse ausgehen, dass dort neue Möglichkeiten heranreifen und sich auftun, dass sich dort die von den Fesseln der Prioritäten und des privaten Nutzens befreite kreative Freude der Städteplanung voll entfalten kann.» Symptomatisch ist der Schlusssatz von Wagners Hymne auf den verwirklichten Sozialismus, der den «ethischen» Wert der Gesamtplanung in den Vordergrund stellt: In der

sowjetischen Stadt «müssen die grössten und vornehmsten Aspekte eines sozialistischen Zeitgeistes enthalten sein (...) als Kathedrale des Volkes». Die mythische «Kathedrale des Sozialismus» des Weimarer Bauhauses kommt jetzt ein letztes Mal zum Zuge. Wagner, wie übrigens auch May, Hannes Meyer, Mart Stam und Hans Schmidt, sieht folglich in der UdSSR der Fünfjahrespläne die einzige Möglichkeit, die nach 1924 in Deutschland aufgestellten städtebaulichen Hypothesen zu verwirklichen. Die Intellektuellen der Weimarer Republik glauben, dass mit der Verwirklichung der Gesamtplanung der Arbeit an und für sich wieder der «richtige» Stellenwert zukommen wird, der ihr durch die Verschiebungen der kapitalistischen Situation verloren ging.

Man darf nicht sagen, dass das, was sie in den Jahren 1930 bis 1934 in der UdSSR unternommen haben, gescheitert ist. Als es sich im Russland des ersten und zweiten Fünfjahresplanes zeigte, dass die von May, Stam, Forbat oder Schmidt für Magnitogorsk, Leningrad, Karaganda, Makeevka oder

Orsk entworfenen «Arbeitsstädte» keine Verwirklichung der Ideologie der «Stadt des sozialistischen Menschen», der Stadt des verwirklichten Gleichgewichts, darstellten, stürzten die Illusionen, die die radikale Architektur hinsichtlich der «revolutionären» Rolle ihrer geistigen und «avantgardistischen» Tätigkeit gehegt hatte, in sich zusammen.⁴⁶ Folglich kann man, weder indem man der deutschen radikalen Architektur eine Märtyrerrolle zuschreibt, noch durch eine unkritische Verherrlichung ihres politischen Engagements Klarheit gewinnen über diese grundlegende Periode der «sozialen» Stadtverwaltung, wie sie in der Weimarer Republik durchexerziert wurde. Es kann nützlich sein, die grundlegende «theoretische Misere» dieser Verwaltung, die parallel zu der für die «klassische» Sozialdemokratie typischen «theoretischen Misere» und zu deren «scholastischer Auslegung der marxistischen Wahrheit» lief, herauszuschälen, um so das Fortleben von Ideologien zu verhindern, die ihrer politischen Unzulänglichkeiten wegen längst hätten schubladisiert werden müssen.

Anmerkungen

1 Barbara Miller Lane, *Architecture and Politics in Germany, 1918-1945*, Harvard University Press, Cambridge, Mass., 1968; Enzo Collotti, *Il Bauhaus nell'esperienza politico-sociale della Repubblica di Weimar*, in «Controspazio», 1970, II, Nr. 4/5, S. 8-15 (ein in vieler Hinsicht grundlegender Aufsatz); Carlo Aymonino, *Origini e sviluppo della città moderna*, Marsilio, Padua 1971²; Idem, *L'abitazione razionale. Atti dei congressi Ciam 1929-1930*, Marsilio, Padua 1971. Mit dem Deutschland der Räte befasst sich E. Collotti Aufsatz *La Germania dei Consigli in «Il Manifesto»*, 1970, II, Nr. 5, S. 56-66 (siehe auch die dort aufgeführte Bibliographie). Dem selben Thema wie der vorliegende Artikel widmete sich kürzlich Franco Borsi in der zitierten Nr. von «Controspazio», S. 43-49, in seinem irrigen und schlecht fundierten Aufsatz *L'esperienza delle città tedesche*.

2 Mario Tronti, *Operai e capitale*, Einaudi, Turin 1971³, S. 267 und folgende. Man vergleiche Trontis Analysen mit Erich Matthias' Buch *Kautsky und Kautskyanismus*. Die Funktion der Ideologie in der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg, *Marxismusstudien*, II, Tübingen 1957. It. Übersetzung De Donato, Bari 1971.

3 M. Tronti, zit. Werk S. 279
4 Ibidem, S. 280

5 Die Tätigkeit der deutschen Avantgarde zwischen 1919 und 1921 beweist die Vorzugsstellung der populistischen Idee innerhalb der «entarteten Kunst». Man sehe in diesem Zusammenhang unter anderem: Gordon A. Craig, *Impegno e neutralità nella Germania di Weimar* in «Dialoghi del XX», 1968, II, Nr. 6, S. 50-66; Wolfgang Hütt, *Deutsche Malerei und Graphik des 20. Jahrhunderts*, Henschelverlag, Berlin 1969; John Elderfield, *Dissenting Ideologies and the German Revolution in «Studio International»*, 1970, Vol. 180, Nr. 927, S. 180-187. Neue Daten liefert Wolfgang Peht in *Gropius the Romantic*, erschienen in «The Art Bulletin», 1971, Vol. LIII, Nr. 3, S. 379-392. Siehe auch Dieter Schmidts Anthologie *Manifeste, Manifeste, 1905-1933*, Dresden 1965.

6 Vgl. J. J. Lador Lederer, *Capitalismo mondiale e cartelli tedeschi tra le due guerre*, Einaudi, Turin 1959.

7 Arthur Resenberg, *Geschichte der deutschen Republik*, Karlsbad 1934, it. Übersetzung Leonardo, Rom 1945, S. 201.

8 Ibidem, S. 204.

9 E. Collotti, zit. Werk, S. 14

10 Fritz Naphtali, *Wirtschaftsdemokratie*. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt a.M. 1928¹, 1966², S. 107.

11 Karl Korsch, *Schriften*

zur Sozialisierung, *Arbeitsrecht für Betriebsräte*, 1922. Wir zitieren die italienische Ausgabe: *Consigli di fabbrica e socializzazione*, Laterza, Bari 1970, S. 60-61.

12 Vgl. den grundlegenden Artikel von Massimo Cacciari, *Utopia e socialismo in «Contropiano»*, 1970, III, Nr. 3, S. 563-686.

13 Ossip K. Flechteim, *Die KPD in der Weimarer Republik*, Europäische Verlagsanstalt Frankfurt a.M. 1969, Kap. II.

14 M. Cacciari, *Sul problema dell'organizzazione. Germania 1917-1921*, Einführung zu György Lukacs, *Kommunismus 1920-1921*, Marsilio, Padua 1972, S. 18-19.

15 Erinnern wir uns, dass mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Besteuerung von Neuwohnungen im Rahmen von 40 % der Mieten die deutschen Gemeinden über ein Mittel verfügten, das dazu angetan war, den Start von sozialen Wohnungsbauprogrammen zu fördern. Eine Enteignungs- und relative Bodensozialisierungspolitik wurde von gewissen Bürgermeistern vorangetrieben. Z.B. von Landmann in Frankfurt, der Ernst May berief, der mit der Projektierung ländlicher Siedlungen in Schlesien beschäftigt war und für ihn ein besonderes Amt schuf, oder von Konrad Adenauer in Köln, der für kurze Zeit Fritz Schumacher von seiner Tätigkeit in

Hamburg weglockte. Mit den in Köln vorgenommenen urbanistischen Eingriffen befasst sich Fritz Schumacher, Köln, in *Entwicklungsfragen einer Grossstadt*.

16 Über die Erfahrungen Tauts in Magdeburg siehe B. Taut, *Frühlicht 1920-1922*, Ullstein, Berlin 1963; Ulrich Conrads, *Bruno Taut e la rivista Städtebauteorie* unter dem Einfluss der Novemberrevolution, in «Jahrbuch für Regionalgeschichte», Weimar 1968, S. 154-171; Idem, *Bruno Taut 1880-1938*, Schriften des Inst. für Städtebau und Architektur, Henschelverlag, Berlin 1970 (mit ausführlicher Bibliographie).

17 Über die Tätigkeit von Haesler in Celle: Otto Haesler, *Mein Lebenswerk als Architekt*, Henschelverlag, Berlin 1957 (Vorwort von Hans Schmidt); Henry de Fries, *Junge Baukunst in Deutschland, 1926*; idem, *Organisation eines Baugebirens in «Die Form»*, 1927, Heft 7, heute im Band: *Die Form, Stimme des Deutschen Werkbundes 1925-1934*, herausgegeben von Felix Schwarz und Frank Gloor, Bertelsmann Fachverlag, Gütersloh 1969, S. 127-131. Das Werk Mays in Frankfurt ist in der Zeitschrift «Das neue Frankfurt» dokumentiert; Giorgio Grassi und Aldo Rossi

werden davon demnächst eine Anthologie in italienischer Sprache herausgeben. Siehe auch Justus Bueckschmitt, Ernst May, Alexander Koch GmbH, Stuttgart 1963; M. Tafuri, *Ernst May e l'urbanistica razionalista in «Controspazio»*, 1970, II, Nr. 4-5, S. 50-52. Eine umfassende Studie der Tätigkeit Martin Wagners in Berlin fehlt, gewiss gelänge sie zu interessanten Erkenntnissen. Wir verweisen auf den Anhang zu Martin Wagner, *Der Städtebaugesetzentwurf und der Berliner Städtebau*, Berlin 1927, und auf den Aufsatz von W. Gaunt, *A Modern Utopia? Berlin - The New Germany - The New Movement in «The Studio»*, 1929, Vol. 98, Nr. 441, S. 859-865; Werner Hegemann, *Das Steinerne Berlin*, Geschichte der grössten Mietkasernenstadt der Welt, Berlin 1930¹, 1963²; Aldo Rossi, *Aspetti della tipologia residenziale a Berlino in «Casa-bella Continuità»*, 1964, Nr. 288, S. 11-20; Vieri Quilici, *Contributo alla lettura di un organismo metropolitano: Berlino in «L'architettura, cronache e storia»*, 1965, XII, S. 330-333; Ludwig Hilberseimer, *Berliner Architektur der zwanziger Jahre*, mit einem Nachwort des Herausgebers, Florian Kupferberger, Mainz und Berlin 1967; C. Aymonino, *La città di Berlino*, im Band *L'abitazione razionale* etc., zit. S. 35-65.

18 Wenn wir Le Corbusiers Entwurf eine Utopie nennen, meinen wir Utopie im Sinne der grossen bürgerlichen Kultur, Utopie als «revolutionäre Kontrolle» der Zukunft.

19 O. Haesler, Mein Lebenswerk als Architekt, zit.

20 Alexander Schwab, Zur Tagung der Reichsforschungsgesellschaft in «Die Form», 1929, Heft 9, jetzt in Die Form etc., zit. S. 137–139.

21 L. Hilberseimer, Städtebau und Wohnungsbau auf der Technischen Tagung der Reichsforschungsgesellschaft (Auszug) in «Die Form», 1929 Heft 11, jetzt in Die Form etc., zit. S. 140 und folgende. (Der zitierte Abschnitt steht auf S. 144.)

22 Walter Dexel, Warum geht Gropius? (Zur Situation des Bauhauses), in «Frankfurter Zeitung», 1928, 17/3, Nr. 209. Jetzt in Hans Maria Wiegler, Das Bauhaus, Verlag Gebr. Rausch & Co., Bramsche und Dumont Schauberg, Köln 1962¹, 1968², S. 136–137. Die historische Bedeutung des Dessauer Bauhauses beleuchtet, nebst den Artikeln von Bonfanti und Scolari in der einzigen dem Bauhaus gewidmeten Nummer von «Controspazio» (1970, Nr. 4/5), die grundlegende Studie von Francesco Dal Co, Hannes Meyer e la «venerabile scuola» di Dessau, als Einführung zu der unter dem Titel «Architettura e rivoluzione», Marsilio, Padua 1969, publizierten Sammlung von H. Meyers Schriften.

23 Hermann Muthesius, Die

Bedeutung des Kunstgewerbes, Handelshochschule, Berlin 1907, jetzt in Julius Posener, Anfänge des Funktionalismus, Ullstein, Berlin 1964, S. 176–186. Man beachte, dass Muthesius Vortrag, in dem er die «künstlerische Fälschung» als Auswuchs des «falschen Bürgertums der Neureichen» anprangerte und sich von der Programmierung neuer Formen und Wirtschaftssysteme eine Expansion der deutschen Industrie auf internationaler Ebene versprach, einen Proteststurm des Fachverbands zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen im Kunstgewerbe heraufbeschwor und so den Anstoss zu der noch im selben Jahr erfolgenden Gründung des Werkbunds gab.

Wie massgebend ein Politiker wie Naumann den Werkbund beeinflusst hat, ist bis jetzt noch nie gebührend gewürdigt worden. Siehe trotzdem nebst den verschiedenen Schriften von J. Posener, zit. Werk., Hans Eckstein, Idee und Geschichte des Deutschen Werkbundes, 1907–1957, und Theodor (?) und Exkurse zur Geschichte des Deutschen Werkbundes in «50 Jahre Deutscher Werkbund», Alfred Metzner Verlag, Frankfurt a. M., Berlin 1958. Prof. Kurt Junghanns arbeitet an einem umfassenden Werk über die Anfänge des Werkbundes.

24 Vgl. W. Christaller, Die zentralen Orte in Süddeutschland, Jena 1933. Das System der zentralen Orte, bei dem bekanntlich die Bodenfläche zur

Verteilung der Wirtschaftstätigkeiten in Sektoren aufgeteilt wird, in rechteckige Markt-zonen, hat Lösch als erster entwickelt, später haben es van Böventer und Tinbergen aufgenommen. Eine Zusammenfassung dieser Modelle gibt Hendricus C. Bos, Spatial Dispersion of Economic Activity, Rotterdam University Press; it. Übersetzung, Marsilio, Padua 1968.

25 Peter Behrens, Risposta all'inchiesta sul futuro del centro di Berlino (Antwort auf die Umfrage über die Zukunft des Zentrums von Berlin) in der «Berliner Morgenpost» vom 27. 11. 1912.

26 August Endell, Die Schönheit der Grossestadt, Strecker und Schröder, Stuttgart 1908; Karl Scheffler, Die Architektur der Grossestadt, Berlin 1913.

27 Siehe Katalog Mart Stam. Documentation of his work 1920–1965, Riba, London 1970, S. 16–17, und M. Stam in «Das neue Frankfurt», 1929, Nr. 3.

28 Alexander Schwab, Ist die Genossenschaftsstadt möglich? in «Die Form», 1929, Heft 11; jetzt in Die Form etc., zit. S. 145–146.

29 Ibidem, S. 145.

30 Martin Wagner, Sterbende Städte oder planwirtschaftlicher Städtebau? in «Die neue Stadt», 1932, Nr. 3, S. 50–59, Zitat auf S. 50.

31 M. Wagner, zit. Werk, S. 53.

32 Ibidem, S. 53 ff.

33 Ibidem, S. 55–56.

34 M. Wagner, Mein Aus-

tritt aus der SPD, in «Das Tagebuch», 1931, XIV, Heft 15, S. 568–570; Heft 16, S. 611–617.

35 Vgl. Ernst May, Der Bau der Städte in der UdSSR in «Das neue Frankfurt», 1931, Nr. 7, S. 117–134; Hans Schmidt, Beiträge zur Architektur, Veg Verlag für Bauwesen, Berlin 1965, im besondern S. 86 ff.

36 M. Wagner, Mein Austritt etc., zit. Heft 16, S. 613

37 M. Wagner, zit. Werk S. 615.

38 Max Weber, Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik, Tübingen 1924, S. 411.

39 Wir beziehen uns auf den Aufsatz von Georg Simmel im Sammelband Die Grossestadt. Vorträge und Aufsätze zur Städteausstellung, Zahn und Jaensch, Dresden 1903, S. 185–206, in dem der Autor die These seiner Philosophie des Geldes, Dunker und Humboldt, München/Leipzig 1900, wieder aufnimmt. Über die städtebauliche Soziologie Simmels siehe den Aufsatz von Massimo Cacciari, Dialectica del negativo nella epoca della metropoli, in «Angelus Novus», 1971, Nr. 21, S. 1–54.

40 Ludwig Hilberseimer, Grossestadtarchitektur, Julius Hoffmann Verlag, Stuttgart 1927, S. 1–2.

41 Ibidem, S. 20.

42 Ibidem, S. 21.

43 Vgl. M. Wagner, Weg und Ziel der Planwirtschaft, in «Der rote Aufbau», 1932, X, Heft 22, S. 1036–1039.

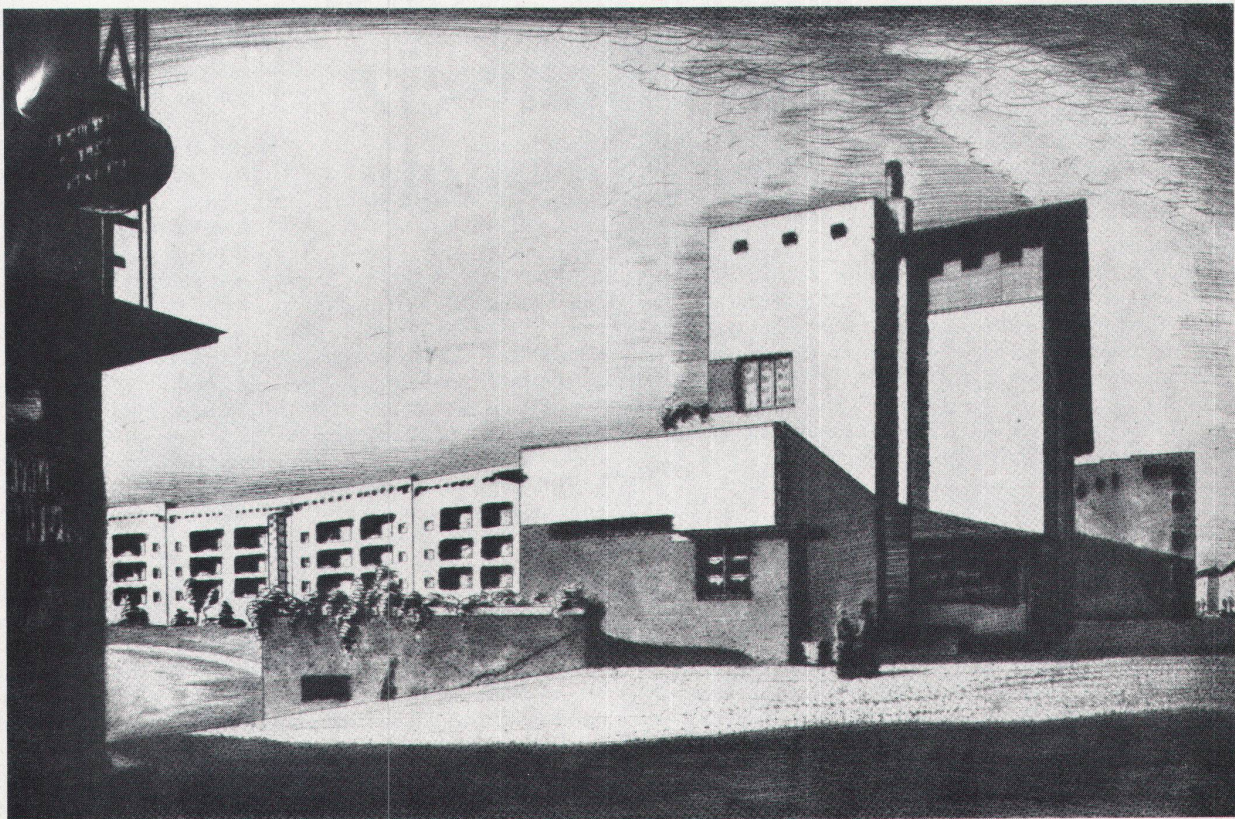
44 Vgl. Kurt Junghanns, Die Beziehungen zwischen deutschen und sowjetischen Architekten in den Jahren 1917 bis 1933, in «Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin», Ost-Berlin 1967, Nr. 9, S. 39 ff. und M. Tafuri, URSS/Berlin, 1922: du populisme à l'Internationale Constructiviste, in «VH 101», 1972 (erscheint demnächst)?

45 M. Wagner, Die UdSSR baut Städte, in «Das Tagebuch», 1931, Nr. 30 (25. Juli).

46 Über die Tätigkeit europäischer Architekten in der UdSSR siehe «Deutsche bauen in der UdSSR, Sonderausgabe von «Das neue Frankfurt», 1930, Nr. 3; M. Tafuri, Ernst May etc. zit.; Hans Schmidt, Die Tätigkeit deutscher Architekten und Spezialisten des Bauwesens in der Sowjetunion in den Jahren 1930 bis 1937 in «Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin», 1967, XVI, Nr. 3, S. 383–399; verschiedene Autoren, Socialismo, città, architettura, URSS 1917–1937, il contributo degli architetti europei, Officina, Rom 1971¹, 1972², und im besondern den Aufsatz von Marco de Michelis, L'organizzazione della città industriale nel Primo Piano Quinquennale, ibidem, S. 151–169. ●

Übersetzung aus dem Italienischen: Hanny Bezzola

(Untertitel von der Redaktion)



Das «Hufeisen» in Britz. Radierung von Georg Fritz. (Abbildung aus «Das neue Berlin», Deutsche Bauzeitung GmbH, Berlin)